

Andrej Angrick
»Aktion 1005« – Spurenbeseitigung
von NS-Massenverbrechen 1942–1945

Andrej Angrick

»Aktion 1005« – Spurenbeseitigung
von NS-Massenverbrechen
1942–1945

*Eine »geheime Reichssache« im Spannungsfeld von
Kriegswende und Propaganda*

Band 1

Wallstein Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2018

3., durchgesehene Auflage 2022

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Stempel Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagbild: Gelände des Lagers Syretz/Kiew vom Herbst 1943

© Bundesarchiv-Fotoarchiv (Verwahrungen der
Aufnahmenentnahmen der Außenstelle Ludwigsburg)

Karten: Peter Palm, Berlin

Register: Jutta Mühlberg, Hamburg

Redaktion: Andrea Böltken, Berlin

Druck und Verarbeitung: Hubert und Co, Göttingen

ISBN 978-3-8353-5329-9

Inhalt

Einleitung	9
Prolog: Das Scheitern des Unternehmens »Barbarossa« und der Weg zur »Aktion 1005«	19
1. Das Jahr 1942: Von der Verwirklichung der »Endlösung« zum Verwischen der Verbrechensspuren	66
1.1 Ein Geheimauftrag und die Verschwiegenheit um Kulmhof	69
1.2 Zu den Vernichtungslagern im Generalgouvernement . . .	121
1.3 Massaker und Lager in der besetzten Sowjetunion und in Galizien	149
1.4 Die Lager Majdanek und Auschwitz-Birkenau	159
1.5 Der Ausbau Birkenaus: Akteure und Wissenstransfer . . .	176
1.6 Zeit der Entscheidungen: Die Operation 1005 in den übrigen Vernichtungslagern	225
1.7 Das Wissen der Welt – Himmlers Sorge?	295
2. Das Jahr 1943: Der Großeinsatz im Süden der Sowjetunion	341
2.1 Letzte Rückkehr nach Babij Jar	346
2.2 Die Verbrechen der anderen: Katyn und Winniza versus Krasnodar und Charkow	400
2.3 Der weitere Einsatz in der Ukraine: Die Sonderkommandos 1005 und der Beitrag der lokalen Gestapodienststellen	459

3.	Brandschneisen im Gebiet der Heeresgruppe Mitte und in Weißrussland	517
3.1	Im Militärverwaltungsgebiet: Einsatzkommandos auf dem Rückzug.	521
3.2	Das Sonderkommando 1005 Mitte in Weißrussland	558
3.3	Der weite Weg nach Westen: Die Operation 1005 im Bezirk Bialystok	632
4.	Spurenbeseitigung im Bereich der Heeresgruppe Nord und im Baltikum	657
4.1	Vor den Toren Leningrads	666
4.2	Im Kosmos der Lager: Blobels Mission in Estland.	672
4.3	Die Forts von Kaunas, die Tanks von Ponary: Zentren des Massenmordes in Litauen	691
4.4	In konzentrischen Kreisen: Die Operation 1005 in Lettland	741
4.5	An den Grenzen des Reiches: Die Operation 1005 und der Todesstreifen des Sonderkommandos Tilsit.	765
5.	Im Generalgouvernement	769
5.1	Galizien: der »Sand« und die Knochenmühle	777
5.2	Das Vorgehen im Distrikt Krakau	793
5.3	Als hätte es die »Endlösung« nie gegeben: Distrikt Lublin .	819
5.4	Die Operation 1005 in Zentralpolen: Der Distrikt Radom .	847
5.5	Warschau: Von der Zerstörung des Ghettos zum Warschauer Aufstand	866
6.	Der vergessene Feldzug: Die Spurenverwischung in Südosteuropa.	909
6.1	Brandwolken von Semlin bis Jasenovac.	913
6.2	Der ferne Tod: Zu den Deportationen aus Italien, Griechenland und Ungarn in die Gaskammern von Birkenau	959

7. Das letzte Territorium: 1005 in den Grenzen des Reiches	1033
7.1 Der Vormarsch der Roten Armee I: »Wetterstellen« im Warthegau und die Wiedereröffnung von Kulmhof . . .	1034
7.2 Der Vormarsch der Roten Armee II: Der Fall von Ost- und Westpreußen	1056
7.3 Das Ende von Auschwitz und der Zusammenbruch des WVHA-Lagersystems im Reich	1089
7.4 Agonie des Systems	1150
 Epilog: Von Herrenmenschen und »Figuren«	 1169
Nachwort und Dank	1217
 Anhang	 1219
Abbildungsverzeichnis.	1221
Abkürzungen und Akronyme	1223
Verzeichnis der benutzten Archive und Quellenbestände	1227
Literaturverzeichnis	1237
Register	1287

Einleitung

Am Beginn dieser Studie stand Verwunderung – nicht darüber, dass der Völkermord an den Juden Europas und der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion geplant, organisiert und von einer Vielzahl von Tätern auf allen Hierarchieebenen ausgeführt wurden. Dass Regierungen und Menschen, ob aus innerer Überzeugung oder auf Anweisung, solche Verbrechen radikal umzusetzen imstande waren, darüber hatte ich mir schon seit Jahrzehnten keine Illusionen mehr gemacht. Was mich aber verstörte, war der Umstand, dass selbst Funktionäre und Kommandeure, die maßgeblich an dem Gelingen dieses nationalen ›Projekts‹ beteiligt waren, die Dimension der Tat, das Monströs-Gewaltige ihres Tuns bereits unmittelbar nach der Niederlage bagatellisierten, relativierten, ja gänzlich leugneten, als hätte man es mit einer zwar äußerst brutalen, aber doch nicht ungewöhnlichen, ja kodifizierten Form der Kriegführung zu tun, bei der eben auch Zivilisten ums Leben gekommen waren.

Diese Verteidigungsstrategie, die mir insbesondere bei der Durcharbeitung des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses und der sogenannten Nachfolgeprozesses ins Auge stach, ergab bei genauerer Betrachtung zwar nicht im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, aber schon bei den sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozessen durchaus Sinn: Denn in der Tat lagen zu wenige empirisch harte Belege für das damals unvorstellbare Ausmaß der Verbrechen vor. Das betraf zum einen den Mangel an detaillierten zeitgenössischen Dokumenten über die Planung, den Umfang und die Durchführung des Völkermordes.¹ Einige, wie die »Ereignismeldungen UdSSR«², wurden erst später gefunden, und das sogenannte Wannsee-Protokoll erklärte man – auch mangels Alternativen – zu einem Schlüsseldokument.³ Heute wissen wir, dass viele der Grundsatzentscheidungen ge-

- 1 Kempner, Ankläger einer Epoche, S. 311 f. Kempner betont, dass der Begriff »Endlösung« für die Anklagevertreter noch gar nicht existiert habe. Erst nach und nach hätten sie ihn sich anhand der Fakten erschlossen – auf der Grundlage einiger Aktenfunde bei weitgehender Aussageverweigerung der Tatbeteiligten.
- 2 Earl, Nuremberg SS-Einsatzgruppen Trial, S. 75–79. Siehe auch die Einleitung in: Mallmann u. a. (Hg.), »Ereignismeldungen UdSSR«, S. 18 f.
- 3 Zur Genese dieser Entwicklung: Mentel, »Protokoll der Wannsee-Konferenz«, S. 118–127. Kritisch zur Bedeutung der Konferenz, somit des Dokuments als Substitut für aussagekräftigere Quellen: Angrick, »Selbstermächtigung?«.

rade nicht schriftlich fixiert wurden⁴ oder man diese zielgerichtet kurz vor Kriegende vernichtete. Zudem war der Kenntnisstand zu vielen Tatorten bestenfalls rudimentär, von anderen wusste man gar nichts. Nur dort, wo Opfer überlebt hatten oder eine dritte Person Zeuge des Verbrechens geworden war, gab es bruchstückhafte Informationen. Doch die Rekonstruktion der Ereignisse stieß zumeist bald an Grenzen. Es war schwer, Täter-einheiten oder gar individuelle Tatbeteiligte zu benennen, und über die Zahl der Opfer wurde selbst von berufener Seite spekuliert. Bei Schätzungen für größere Hinrichtungsstätten beliefen sich die Schwankungen auf Tausende, ja Zehntausende, ohne dass man Klarheit erlangte, auch weil die Boden- beziehungsweise Ascheuntersuchungen am Tatort nur unbefriedigende Ergebnisse lieferten. Doch weshalb gab es überhaupt solche Inspektionen des Erdbodens, und was hat es mit der Asche auf sich?

Die vorliegende Studie geht eben diesen Fragen nach: Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die von SS-Standartenführer Paul Blobel geleitete »Aktion« beziehungsweise »Operation 1005«, ein Tarnbegriff für einen Teil der sogenannten »Endlösung der Judenfrage« und für eines der geheimsten Projekte des Dritten Reiches überhaupt. Der Anfang Januar 1942 ergangene Auftrag bestand darin, *sämtliche* Spuren der NS-Vernichtungspolitik im deutsch besetzten Europa restlos zu beseitigen. Das bezog sich auf die damit befassten Schriftstücke, vor allem aber auf die eigentlichen Tatorte. Konkret bedeutete das, die Massengräber, aber auch kleinere »Anlagen« aufzusuchen – womit nach den Kategorien der Täter Gräber mit 100, 200 oder noch mehr Opfern der mobilen und stationären Mordkommandos gemeint sein konnten –, die darin befindlichen Leichen völlig zu zerstören, zu Asche zermahlen zu lassen und das jeweilige Areal gärtnerisch zu tarnen. In den Vernichtungs- und Konzentrationslagern ist die Aktion 1005 eng mit dem industriell betriebenen Massenmord, das heißt der Entwicklung der Gaskammern sowie der Installierung der Krematorien, verbunden. Die eigentliche ekelregende, Psyche und Körper extrem belastende Arbeit, das Ausgraben und Ausheben der Leichen, deren physische Vernichtung und die Einebnung der Anlagen, wurde Männern aus den Ghettos oder Lagern aufgezwungen, manchmal auch kräftigen Burschen, die man von der Straße weg verhaftet hatte. Sie alle galten in den Augen ihrer Wächter aus SS und Polizei fortan als »Geheimnisträger«, die es spätestens nach dem Ende der jeweiligen regionalen Vertuschungsaktion ausnahmslos zu ermorden galt. Am Ende, so der Plan, gäbe es keine Gräber, keine Leichen und keine Zeugen mehr – die eigenen Leute wurden per Schwur zu absolutem,

4 Domarus (Hg.), Hitler, Bd. 4, S. 1846.

lebenslangem Stillschweigen verpflichtet –, sondern junge Bäume, Farn und Gräser, wo einstmal Schinderstätten waren. Mit dieser Methode wollte die oberste Führung sicherstellen, dass keine unautorisierte Person oder Institution, sei es im In- oder Ausland, die Massenverbrechen verifizieren oder Rückschlüsse auf das staatliche Mordprogramm ziehen konnte. Ohne konkrete Beweise würden sich entsprechende Anschuldigungen viel leichter als Hirngespinnste oder gar bewusst lancierte »Greuelpropaganda« von Regimegegnern oder Feindstaaten abtun lassen.

Mag das ganze Vorhaben heute auch absurd anmuten, so war die Aktion 1005, wie bereits angeklungen ist, in weiten Teilen durchaus erfolgreich. Einige Tatorte harren heute noch der Entdeckung beziehungsweise näheren Erkundung durch eigens zu diesem Zweck ins Leben gerufene international tätige Einrichtungen, wie »Yahad – In Unum« und »Protecting Memory« oder regionale, ja lokale Initiativen.⁵ Andere, längst bekannte Richtstätten – hier sei stellvertretend Babij Jar angeführt – geben weiterhin hinsichtlich der exakten Lage der Gräber, der Zahl der Opfer, die chronologischen Abfolge der Hinrichtungen et cetera Rätsel auf, was sich wiederum auf die aktuelle museumsgestalterische Aufbereitung einer Gedenkstätte und die damit verknüpften Narrative auswirkt.

Wenn nicht Gefangenen die Flucht von einzelnen 1005-Stätten geglückt wäre, wüssten wir zudem kaum etwas über die Tatbeteiligten der Aktion 1005, häufig unscheinbare Personen, die völlig unbehelligt im Nachkriegsdeutschland lebten, wenn sie nicht aufgrund anderer Verbrechen ins Visier der Ermittler gerieten. Dort, wo kein Opfer Zeugnis ablegen konnte, blieb die Vertuschungsaktion im Dunkeln. Häufig ist in solch einem Fall nicht einmal das vor Ort agierende 1005-Führungspersonal namentlich bekannt. Und selbst wenn Informationsfetzen über Beteiligte vorliegen, sind diese vielfach nicht so aussagekräftig, dass die Identität der Täter ermittelt werden konnte. Gerade die Unprominenten unter ihnen, jene aus der zweiten und dritten Reihe, also das Gros der Täter, blieb somit durch die Aktion 1005 geschützt. Das galt und gilt auch für viele jener Mörder, die zuvor an diesen nunmehr »verschwundenen« Tatorten gemetzelt hatten. Im Vorfeld der Niederlage trug die Aktion 1005 mithin dazu bei, dass sich die aus nationalsozialistischer Weltsicht homogene »Volksgemeinschaft« nicht als Tätervolk zu verstehen brauchte. Die Führung, also Hitler und Himmler, entlastete so bewusst und gewollt frühzeitig das Gewissen der Nation.

5 Einen guten Überblick bietet, jedoch naturgemäß ohne Vollständigkeitsanspruch, gerade was lokale Initiativen angeht: International Holocaust Remembrance Alliance u.a. (Hg.), Killing Sites.

Dies war der Stand der Dinge bis zum Ende der fünfziger Jahre. Ein paar Historiker, Juristen und Überlebende wussten zwar, dass es so etwas wie die Aktion 1005 gegeben hatte, kannten die Lage einiger der beseitigten Massengräber und vermochten auch über die mörderischen Umstände bei der Einäscherung Auskunft zu geben – doch der Umfang des Gesamtunterfangens blieb nebulös, und zwar sowohl im Hinblick auf die Dimension als auch auf die Personalintensivität der Vertuschungspolitik. Und dabei wäre es sicherlich geblieben, wenn nicht im Dezember 1958 bei dem Generalstaatsanwalt in Hamburg ein anonymes Schreiben eingegangen wäre, in dem der im Ruhestand lebende Polizeikommissar Otto Goldapp als NS-Täter beschuldigt wurde. In dem Brief wurde zudem geraten, durch Befragung »in vorsichtiger Weise das Geheimnis« um Goldapps Person zu lüften.⁶ Anonyme, in denunziatorischer Absicht abgefasste Anzeigen sind für Strafverfolgungsbehörden nichts Ungewöhnliches, es ist nur die Frage, wie ernsthaft die Behörde darauf reagiert. In Hamburg wurden zunächst Goldapps Personalpapiere ausgewertet. Sein Berufsweg unterschied sich danach nicht von dem vieler anderer Hamburger Polizisten, auffällig war vielmehr der Umstand, dass er fast zu unauffällig war. Man hatte ihm attestiert, während des Krieges verschiedenste Lehrgänge besucht zu haben, ohne dass über seine eigentliche dienstliche Verwendung etwas zu erfahren war – eine makellose Polizeikarriere eben.⁷ Die im Nachgang erfolgte Vernehmung Goldapps, der mit der Anzeige konfrontiert wurde, erbrachte nichts Neues. Er bestritt »entschieden«, sich »in Polen oder sonstwo irgendwelcher strafbarer Handlung schuldig gemacht zu haben«. Bei diesem Statement hätte man es belassen können, doch seitens der erst seit Kurzem aktiven Zentralen Stelle in Ludwigsburg wurde man auf den Fall aufmerksam und befragte Goldapp erneut, wälzte zudem alte Aussagen. Dabei stießen die Ermittler auf die Person Adolf Rübe.⁸ Der Exzesstäter, ehemals Judenreferent der Gestapo Minsk, erwies sich als geschwätziger. Er sagte in den folgenden Vernehmungen umfassend aus und ging dabei – unter Nennung aller bedeutenden Tatbeteiligten, darunter Goldapp – detailliert auf die Aktion 1005 im Mittelabschnitt der Ostfront ein. Die Motivlage für Rübes Red-

6 141 Js 204/60 der StAnw Hamburg, Bd. 1, Schreiben an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht Hamburg vom 8.12.1958, Bl. 2–2a, Zitat Bl. 2a.

7 Ebenda, Schreiben Polizeibehörde/Kriminalamt Hamburg vom 16.1.1959 an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Hamburg, Bl. 5.

8 Von den relevanten Aussagen Rübes wurden Abschriften gefertigt: ebenda, Aussage Adolf Rübe vom 14.11.1947, Bl. 21–33, sowie Aussage Adolf Rübe vom 17.12.1947, Bl. 34–43. In der letzten Aussage hatte sich Rübe seinerzeit kurz verplappert und die Aktion 1005 kurz vor Ende seiner Einlassung beiläufig erwähnt.

seligkeit lag auf der Hand: Er war zu lebenslanger Haft plus 15 Jahren verurteilt worden.⁹ Während fast alle seine früheren Kameraden sich unauffällig als Bürger eine neue Existenz aufgebaut hatten, drohte er im Gefängnis zu verrotten. Mit seinen Aussagen und schriftlichen Eingaben hoffte Rube wohl, entweder wegen seiner Kooperationswilligkeit eine Herabsetzung der Strafe, womöglich gar einen Gnadenakt, oder aber Ermittlungen gegen die davongekommenen ›Respektspersonen‹ erwirken zu können. Damit hätte er nicht mehr als mörderischer Sadist, sondern als Teil einer Gruppe dagestanden, die pflichtbewusst einen staatlichen Auftrag ausgeführt hatte. Sei es, wie es sei, jedenfalls gab Rube sein gesamtes Wissen über die Aktion 1005 preis, verriet jeden, den er kannte, und stellte sich selbst im besten Licht dar.¹⁰ Auch Goldapp hatte nunmehr mehr zugegeben, als ihm eigentlich lieb war.¹¹ Von da an griff das Dominoprinzip, weitere Namen wurden genannt, immer mehr Täter brachen ihr Schweigen mit der Folge, dass auch immer mehr Verbrechen zur Sprache kamen. Nach und nach weitete sich ein simpler Ermittlungsvorgang, der mit unbestimmten Vorwürfen gegen einen Pensionär seinen Anfang genommen hatte, zu einem Systemverfahren aus, das die Aufklärung der 1005-Verbrechen zum Gegenstand hatte. Es wurde schließlich so umfangreich, dass weitere Verfahren daraus erwuchsen, andere Staatsanwaltschaften sich regionaler 1005-Vorgänge annahmen und es so der Justiz (unintendiert) gelang, durch die ihr eigene Methodik jene Daten zu liefern, die eigentlich für immer hätten geheim bleiben sollen.

Diese Justizunterlagen geben Historikern, die ansonsten – bedingt durch den Verlust der eigentlichen Akten zur »Endlösung«¹² – nur über wenig zeitgenössisches Schrifttum zur Aktion 1005 verfügen, ein Quelleninstrumentarium zur Erschließung dieses großräumigen Versuchs der Spuren-beseitigung an die Hand. Auch wenn sich deren Geschichte nicht lückenlos rekonstruieren lässt, kann das Material doch, als Nebeneffekt, gegen selbst

9 3a Ks 2/49 Urteil des Landgerichts Karlsruhe vom 7.11.1951, gedr. in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 9, hier S. 3–5. Es ergingen noch drei Revisionsurteile, die jedoch am Strafmaß nichts änderten, vielmehr der Beweisführung viel Raum zugestanden. Siehe: ebenda, S. 6–57. Rube saß seit dem Jahr 1947 ununterbrochen in Haft.

10 141 Js 204/60 der StAnw Hamburg, Bd. 1, Aussage Adolf Rube vom 1.9.1959, Bl. 44–62, Aussage Adolf Rube vom 16.2.1960, Bl. 68–78, sowie Aussage Adolf Rube vom 19.2.1960 mit Gegenüberstellung Arthur Harder, Bl. 120–133.

11 Ebenda, Aussage Otto Goldapp vom 10.2.1960, Bl. 11–16.

12 Die wichtigsten seinerzeit verfassten Dokumente hatte Himmler von seiner Sekretärin Erika Lorenz kurz vor Kriegsende verbrennen lassen. Häufig hatte er auf Schriftstücke oder Notizen ohnehin verzichtet und vieles mündlich abgehandelt. Breitman, Architekt der »Endlösung«, S. 16, S. 18 und S. 43.

ernannte Revisionisten, mithin Holocaust-Leugner, genutzt werden.¹³ Es geht also nicht nur darum, die damaligen Verbrechen möglichst exakt nachzuzeichnen, sondern gleichfalls heute jenen Autoren entgegenzuwirken, die, bewusst oder unbewusst, in der Tradition von Himmlers Spurenbesitzern den Genozid in Gänze oder in Teilen abstreiten beziehungsweise zu relativieren versuchen. So dient die Schilderung der Aktion 1005 auch der aktuellen Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit, denn insbesondere über kleine Grabanlagen und deren Beseitigung ist oft nur wenig bekannt – mit der Folge, dass Nachfahren der Ermordeten oder Lokalhistoriker nach Gräbern suchen, die mitunter längst nicht mehr existieren.

Die historische Forschung hat sich zwar wiederholt der Aktion 1005 angenommen, jedoch im Wesentlichen als Aspekt der jeweiligen Regional- oder Lokalgeschichte.¹⁴ Eine einzige, mittlerweile vergriffene Studie, mit Verve von dem Berliner Journalisten Jens Hoffmann verfasst, ist breiter angelegt,¹⁵ doch auch hier liegt der Fokus auf den Ereignissen in der besetzten Sowjetunion und ausgewählten Orten im Generalgouvernement. Andere Länder und Regionen des von Deutschen besetzten Europas werden nur cursorisch behandelt oder gänzlich ausgeklammert, dasselbe gilt für notwendige Komplementärfelder, hier vor allem die Propaganda und die Außenpolitik. Daher ist Hoffmanns Arbeit zwar eine erste Annäherung an das Thema, aber im Hinblick auf die Bandbreite der Operation – und zwar in räumlicher Hinsicht, bezüglich der tatbeteiligten Einheiten, Organisationen und Personen sowie der Nachzeichnung der Tatausführung vor Ort – lückenhaft und wird der Anlage des Systems Aktion 1005 nur ansatzweise gerecht.

Der hier vorliegende Text mag den Lesern Kraft und Beharrlichkeit abverlangen – wegen des Umfangs, aber vor allem angesichts des schaurigen Themas. Der Versuch des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, als vermeintlicher Sachwalter der Nation sämtliche Hinweise auf den Völkermord an den europäischen Juden und anderen Opfergruppen des Regimes buchstäblich auszuräumen, ist in all seinen Schattierungen vielleicht so vieltalig wie die »Endlösung« selbst. Jedoch betrifft dies eher das Lokalkolorit, die topografischen Besonderheiten, die wechselnden, zum Teil austauschbaren und selbst der historischen Forschung häufig unbekannt Täter. Doch letztlich handelt die Aktion 1005 von Varianten des immer Gleichen, auch wenn es von Mal zu Mal erschreckende Spezifika gibt.

13 Stellvertretend zum Umgang mit den Holocaust-Leugnern: Lipstadt, *Betrifft*.

14 Auf die für die Regional- und Lokalgeschichte bedeutsame Literatur wird jeweils in den betreffenden Kapiteln verwiesen.

15 Hoffmann, »Das kann man nicht erzählen«.

Früher oder später kann sich dann beim Rezipienten Ermüdung oder gar Abstumpfung einstellen. Aus einem verwunderten »Also auch hier ist geschehen« mag ein »Nicht schon wieder« werden, eine innere Abwehr weiterzulesen.

Doch die Ausführlichkeit ist dem Ziel der Darstellung geschuldet: die Ereignisse – auch geografisch – so umfassend wie möglich zu dokumentieren, sie über die vorliegende Literatur hinausgehend in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, und zwar auf eine Art und Weise, die dem Leser jeweils eigene Rückschlüsse erlaubt. Da die Quellenlage zur Aktion 1005 so dürftig ist, ist es mir ein Anliegen, das verfügbare Wissen zu der Vertuschungsaktion so in den Text einfließen zu lassen, dass die Studie in Teilen als Quellenwerk verstanden werden kann. Verhörprotokolle von Opfern, Tätern und Zeugen stellen dort ein Gegengewicht dar, wo im zeitgenössischen Schrifttum aus den geschilderten Gründen große Lücken klaffen oder schlicht gar nichts vorhanden ist.

Ich habe mich daher auch bewusst für einen narrativen Duktus entschieden, will ich doch schonungslos nachzeichnen, welche Tragödien sich immer und immer wieder abspielten. Eine rein nüchterne Wissenschaftssprache, die mitunter dazu dient, durch Abstand zum Gegenstand die Wirkmächtigkeit der jeweiligen These zu befördern, wäre meines Erachtens dem Thema nicht gerecht geworden. Vielmehr liefe man Gefahr, das unermessliche Leid durch eine zu auktoriale Schreibweise aus den Augen zu verlieren und die Perspektive damit unzulässig zu verschieben. Sicherlich, Rekonstruktion und Analyse sind unabdingbar. Ebenso bedeutsam und davon nicht zu trennen ist jedoch die Aufgabe, den Opfern, die durch die Aktion 1005 so restlos mundtot gemacht werden sollten, in geeigneter Weise – in ihren eigenen Worten oder paraphrasiert – Gehör zu verschaffen. Immerhin geht es um ihr Leid, ihr Fleisch und Blut, ihr Leben und um das Sterben von Menschen, deren Leichen die Mörder aus Gründen der Staatsräson nicht einmal ein Erdloch als Grabstelle gönnten.

Zudem, wo hätten Informationen wegfallen dürfen? Ist es legitim, die Vorgänge in der Region Krakau zu schildern, aber die Region Radom zu vernachlässigen? Dass Babij Jar thematisiert werden muss, steht außer Frage, doch bedeutet dies im Umkehrschluss, Belaja-Zerkow außen vor zu lassen, weil dort weniger Menschen ermordet wurden? Würde man einen solchen Ansatz präferieren, hieße dies, den Holocaust auf eine Handvoll ausgewählter Tatort-»Ikonen«, die sich für mahnende Gedenkreden oder für das Feuilleton eignen, zu reduzieren und den übrigen (zumindest nach und nach) nur noch lokale Bedeutung zuzugestehen und sie damit womöglich dem Vergessen preiszugeben. Dagegen steht hier der Anspruch, der

(vorgeblichen) Singularität von Auschwitz, das häufig in Debatten als Synonym für das NS-Unrecht verwendet wird, die Perspektive auf die Vielzahl an Mordstätten inner- und außerhalb der Lager entgegensetzen, die es in den Gebieten unter deutscher Herrschaft gab – vom Baltikum über Polen, die UdSSR, Südosteuropa und schließlich auch im sogenannten Altreich. Selbstverständlich ist auch Birkenau Gegenstand dieser Darstellung, es steht aber neben dem Wald von Rumbula, den Gruben von Bronnaja Gora oder dem Lager Plaszow.

Methodisch orientiere ich mich dabei an der Kriminalistik sowie der archäologischen Vorgehensweise. Stets geht es in erster Linie darum, nach den Verfahren von Ausschluss und Plausibilität den empirischen Kern möglichst detailliert freizulegen. In einem zweiten Schritt erfolgt die Einbettung des Geschehens in weiter gefasste Zusammenhänge: wenn etwa nach der Motivlage der Akteure, der Außenperspektive der Gegenspieler oder danach gefragt wird, wie es sich in eine vergleichende Gewaltgeschichte einfügt. Die Untersuchung ist auch ein Beitrag zur Militärgeschichte sowie zur Spätgeschichte der Einsatzgruppen, zur Baugeschichte der Vernichtungslager oder zu den sogenannten Rückzugsverbrechen. Sie befasst sich mit der außenpolitischen Dimension, wenn sie den Aktivitäten der Westalliierten, der Sowjetunion, jüdischer und kirchlicher Organisationen hinsichtlich der Aufklärung des Massenmordes und den daraus resultierenden Gegen- und Strafverfolgungsmaßnahmen nachgeht. Ein Epilog, in dem allgemeine Aussagen zu den Täter-Opfer-, Täter-Täter- und Opfer-Opfer-Beziehungen getroffen werden und die justizielle Aufarbeitung der Aktion 1005 problematisiert wird, schließt die Darstellung ab.

Der Text ist immer wieder mit auch längeren Zitaten angereichert: zum einen, um wie erwähnt Material für weitere vertiefende Forschungen aufzuzeigen – in Anbetracht der Tatsache, dass die »archäologische« Rekonstruktion der Aktion 1005 es vor dem Hintergrund der desolaten Quellenlage erfordert, ungezählte Akten auf die kleinsten Hinweise hin zu durchforsten, was für diese Studie geschehen ist. Zum anderen eröffnen gerade Egodokumente ungeschminkte Einblicke. Die Täter entlarven in Aussagen oder Briefen häufig ihre Eigensicht, etwa ihre Motivlage, ihre Selbstcharakterisierung und geschönte Eigenverortung im System. Die wenigen Schilderungen der Überlebenden erlauben es, die Opfer für sich selbst sprechen zu lassen – sei es unverstellt und direkt, sei es reflektiert, sei es in Aufzeichnungen, Prozessaussagen oder Wandinschriften. Häufig wurden sie ohnehin erst durch Ermittler dazu überredet, die eigene Scham zu überwinden und sich im Zweifel nicht als Kumpane der Mörder, als Mittäter, sondern als Opfer zu begreifen. Diesem Umgang mit der eigenen Geschichte

ist auch der Umstand geschuldet, dass viele der Geschehnisse nie jenseits der Ermittlungsakten protokolliert wurden. Memoiren haben diese Überlebenden nur selten publiziert, und wenn, wurden sie von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Dem steht der befremdliche Trend entgegen, dass Nachfahren der Täter mit sich gut verkaufenden Büchern durchaus auf ihre Befindlichkeiten, Betroffenheiten, ja ihre Traumata aufmerksam machen. Andere Autoren wiederum trachten danach, aus welchen Gründen auch immer, medienwirksam zu den am meisten verfolgten Opfergruppen, darunter zu den Männern des jüdischen Sonderkommandos von Birkenau, gezählt zu werden, obwohl ihre Biografie dies eben nicht hergibt. Dazu kommen andere verstörende Erscheinungen, in Israel etwa als Tabuüberschreitung eine »Thrill« auslösende »Holocaust-Pornografie«,¹⁶ oder die Beobachtung, dass »Selfies« vor den Gaskammern von Birkenau geschossen und in den sozialen Netzwerken verbreitet werden. All dies sind Indizien für eine Werteverstärkung im Umgang mit der NS-Gewaltgeschichte, die offenkundig mehr und mehr als Rohstoff für eine narzisstische Selbstbespiegelung genutzt werden darf. Demgegenüber möchte ich das Hauptaugenmerk auf die wirklichen Opfer, auf ihr Leid legen, ihnen Gehör verschaffen, zumal derjenige, der all das, was hier geschildert wird, überlebt hat, eine völlig andere Autorität besitzt, die Dinge ungeschönt beim Namen zu nennen. Die genuine Verpflichtung des Historikers zur Darstellung, Analyse, Zusammenführung und Wertung bleibt davon unberührt.

Da sich die Schilderung nahe an den Quellen orientiert, fließt unweigerlich auch die Tätersprache darin ein. Die verwendeten Begrifflichkeiten haben dabei häufig eine semantische Verschiebung erfahren, sei es, dass Umschreibungen erfunden wurden oder Termini einen grausamen Inhalt transportieren, der auf den ersten Blick verschleiert werden sollte. Man denke nur an »Euthanasie«, »Sonderbehandlung« oder die »Gefangennahme«, die den Willkürakt nur unzureichend widerspiegelt. Es würde dem Fluss der Darstellung entgegenstehen, einen jedweden Begriff, den sich die Täter angeeignet hatten, jeweils besonders hervorzuheben. Auch die Opfer hatten sich diesen Wortschatz im Alltag zu eigen gemacht und verwendeten ihn, von den Ereignissen geprägt, in der Nachkriegszeit weiterhin. Dass den Kategorisierungen des Unrechtsregimes ebenfalls nur mit Vorbehalten zu folgen ist, man aber nicht auf sie verzichten kann, sei hier ebenso betont. Denn dass die in den Opferbilanzen beispielsweise als »Juden« bezeichneten Menschen sich selbst als solche definierten, dürfte in vielen Fällen

16 Siehe dazu den Dokumentarfilm »Pornografie & Holocaust« von Ari Libsker, Israel 2008.

anzuzweifeln sein. Gleiches gilt für »Widerständler«, »Asoziale«, »Bandenangehörige« et cetera. Dennoch kommt man um die Notwendigkeit, Menschen als soziale Gruppe zusammenzufassen, nicht umhin und ist hier auf die Annahmen der Täter angewiesen, so unzutreffend sie im Einzelfall sein mögen.

Ein Hinweis noch zur Verwendung der ausländischen Personen- und Ortsnamen: Die hier geschilderten Ereignisse spielen im gesamten vom Dritten Reich besetzten Europa, neben den deutschen gab es ukrainische, russische, lettische, litauische, serbokroatische, polnische, ungarische, griechische, italienische und rumänische Bezeichnungen. Wollte man diese jeweils in ihren landestypischen Schreibweisen in den Text einfließen lassen, wäre dies ebenfalls zu Lasten der Lesbarkeit gegangen. Daher wurde die Entscheidung getroffen, jeweils die Namengebung zu wählen, die in den Quellen überwiegend als gängige auftaucht – zumeist die deutsche –, und dort, wo die deutsche sich nicht durchgesetzt hatte, auf die diakritischen Zeichen zu verzichten. Die Puristen unter den Lesern mögen diese Vereinfachung verzeihen.

Prolog: Das Scheitern des Unternehmens »Barbarossa« und der Weg zur »Aktion 1005«

Bis zum Winter des Jahres 1941 muss die Geschichte des Dritten Reiches von den Angehörigen der »Volksgemeinschaft« als ein historischer Zeitenwechsel erlebt worden sein. Wenn man als Zeitgenosse an eine heilsbetonte Richtung, einen vorherbestimmten Weg der Geschichte glaubte, dann mochten einem der Zusammenbruch des Kaiserreiches und die demokratische Phase der ungeliebten Weimarer Republik als notwendige Zwischentappen einer tief greifenden Verwandlung erscheinen, die gleichsam schicksalhaft auf die Herrschaft der nationalsozialistischen Bewegung und ihres messianischen »Führers« hinauslief, in welcher der »Wanderpokal der Weltmacht« zur Ruhe kommen und das deutsche Reich endlich den ihm zukommenden Platz als Herrscher über die Völker, zumindest diejenigen Europas, wieder einnehmen konnte.¹

Und selbst wenn man diese mehr oder minder vom deutschen Idealismus geprägte Position² nicht vertrat und die politischen Gegebenheiten in den Fokus rückte, kam man bis zu diesem Kriegswinter kaum umhin, festzustellen, dass das Regime binnen Kurzem außenpolitisch zunächst eine Metamorphose vom Bittsteller zum anerkannten Verhandlungspartner und dann zur waffenstarrenden Mittelmacht vollzogen hatte, der die Weltgemeinschaft in Fragen territorialer Ansprüche lange Zeit auf Kosten der kleineren Nationen entgegenkam, um so den großen Krieg zu verhindern. Als Deutschland diesen dann doch begann, wurde es nicht auf seine Grenzen zurückgeworfen, sondern expandierte in ungewöhnlicher Weise und dies auch noch rasch. Der »Blitzkrieg« gegen Polen, die Besetzung Dänemarks und Norwegens, die Niederwerfung des Erzfeindes Frankreich unter

- 1 Siehe dazu: Hermand, Traum; Laak, »Adolf Hitler«, S. 160–164. Insofern stellte Hitlers Regime – was heute als Paradox erscheint – die Konkretisierung der überzeitlichen Idee des einen und einzigen Reiches dar, wenn man für solche Vorstellungen offen war. Siehe: Bußmann, »Volk, Reich und Nation«, S. 114f.
- 2 Hier haben die Analysen von John Dewey an Gültigkeit nicht verloren. Siehe: Dewey, Philosophie, insb. S. 140–155. Siehe auch: Berghoff, »Volk« und »Nation«, S. 195f.

vorheriger Ausschaltung der Niederlande und Belgiens sowie schließlich der Vorstoß nach Südosten, der manch einem als späte Rache Österreich-Ungarns für die Schüsse von Sarajewo erscheinen mochte, zeugten davon. Man konnte es drehen und wenden wie man wollte: Im Frühling des Jahres 1941 beherrschte das Dritte Reich fast den gesamten Kontinent, hatte das »perfide Albion« Großbritannien in die Schranken gewiesen und den für die übrige Welt kaum vorstellbaren Interessenausgleich mit der Sowjetunion trotz aller ideologischen Gegensätze gesucht und gefunden. Gegen Deutschland konnte jetzt nur noch global – was damals wie heute nichts anderes als unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten von Amerika bedeutete – agiert werden.³

Es gab in der Geschichte dieser Nation, die sich als imperiale Wiederherstellung des alten Reiches verstand, keinen gekrönten oder ungekrönten Herrscher, dem ein solcher Aufstieg in seiner Lebenszeit durch Waffengewalt geglückt war. Der »alte Fritz« – eines der Vorbilder des »Führers« – mag ein Musterbeispiel für erfolgreiches Beharren gewesen sein, um Preußen gegen seine Nachbarn nach vielen und langen Kriegen militärisch zu behaupten und als europäische Macht endgültig zu etablieren. Doch ansonsten? Bismarck galt als Bezwinger der Habsburger Monarchie und Frankreichs und war unbenommen der Architekt des Kaiserreiches – jedoch eben der kleinen Reichslösung, unter Ausschluss Österreichs. In der Tradition dieser Politiker sah sich Hitler. Aber hatte der charismatische Staatslenker, der ja bekanntlich nur in Momenten der staatlichen Krisis die Macht ergreifen kann, nach Einschätzung der Geführten nicht in kürzerer Zeit ungleich mehr vollbracht?⁴

Man musste schon die Ikone des Erzfeindes – Napoleon – bemühen, um überhaupt einen Vergleich ins Feld führen zu können.⁵ Verwundert es da, dass man Hitler als »Genie« pries, wozu es wohl kaum großer Phantasien und Konzepte aus dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda bedurfte? Weite Teile der Gesellschaft mochten ihrem »Führer« und seiner Bewegung – vor allem seit dem Sieg über Frankreich – mehr oder minder vorbehaltlos zustimmen, sich in seinem Erfolg als dem eigenen sonnen und den Eindruck haben, Bestandteil von etwas Großem zu sein. Dies galt für die Angehörigen der Elite wie für den »kleinen Mann« auf der Straße. Und für die Frauen möglicherweise noch mehr als für die Männer. Es verwundert daher auch nicht, dass selbst jene, die in der Endphase der

3 Hildebrand, Reich, S. 563–740.

4 Echternkamp, »Kampf«, S. 22–26.

5 Lukacs, Hitler, S. 319–342; Laak, »Adolf Hitler«, S. 149.

Weimarer Republik beziehungsweise nach der Machtübernahme der NSDAP in Opposition zum Regime gestanden hatten, mehrheitlich umgeschwenkt waren, um sich dieser großen »Volksgemeinschaft«⁶ zugehörig zu fühlen, selbst wenn Anspruch und gelebter Alltag häufig auseinanderklafften. Zentrumsangehörige wie Sozialdemokraten, Christen wie Sozialisten, Konservative wie Liberale vermochten sich zumindest zu arrangieren und es nicht zum offenen Konflikt kommen zu lassen.⁷ Es ist ein Wesensmerkmal der charismatischen Herrschaft, dass die Mehrheit der Bevölkerung dem Regime folgte, und dies, so darf man hinzufügen, nicht aus Angst, sondern vor allem aus dem Vertrauen in die zu gestaltende Zukunft heraus.⁸ Eben daraus leitete sich letztlich die Legitimität der Herrschaft ab.⁹ Auch wenn genauere empirische Untersuchungen noch ausstehen, so war das Ansehen des »Führers« in den Jahren 1940/1941 so gewaltig, dass die These, wonach etwa 90 Prozent der Deutschen seiner Politik zustimmten, keineswegs absurd erscheint.¹⁰ Und dieses hohe Maß an Zustimmung dürfte nicht zuletzt dadurch entstanden sein, dass sich Hitler in den Augen der Mehrheit der Volksgenossen *bewährt* hatte und so in die Rolle des »Führers« hineingewachsen war, die ihn von einem Despoten unterschied.¹¹ Das betraf seine politischen Entscheidungen ebenso wie die willensmäßige Ausgestaltung der völkischen Phantasie, konkret: die Tatsache, dass er aus der Vielzahl an theoretischen Möglichkeiten der nationalen Zukunft die des Großgermanischen Reiches wählte, eines selbst geschaffenen Imperiums, welches schon bald keine Utopie mehr, sondern – mit Niklas Luhmann gesprochen – in naher Zukunft als Gegenwart realisiert sein sollte, was die wundersame Verwandlung des Alltagslebens der Geführten zur Folge hätte.¹² Das Kommando war damit nicht mehr gestaltungsoffen, sondern determiniert, weshalb die Erwartungen an den »Führer« messianische Züge annahmen.¹³ Die

6 Siehe hierzu: Verhey, »Geist von 1914«, insbes. S. 364–369.

7 Was hier verkürzt wiedergegeben wurde, ausführlich und detailliert bei: Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 646–652, S. 675–690 und S. 715–760; Müller, »Nationalismus«, insb. S. 24–28, S. 34–43, S. 60–69 und S. 90–92; Schoenbaum, Revolution.

8 Luhmann, Vertrauen, S. 23f.

9 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 140–148.

10 Kershaw, Hitler-Mythos, S. 13–16.

11 Lepsius, Demokratie in Deutschland, S. 97.

12 Luhmann, Vertrauen, S. 13–17 und S. 38–40; Buchheim, Glaubenskrise, S. 17–24. Zur Bedeutung des Parteideologen bei der Erschaffung einer politischen Religion: Piper, Alfred Rosenberg, S. 212–231.

13 Binion, »... daß ihr mich gefunden habt«, S. 167 und S. 174f. Siehe auch: Stern, Traum, S. 169–216, insb. S. 171–177 und S. 187–189. Während aber Stern die Ansicht

Verbundenheit mit Hitler als dem Auserwählten wurde überdeutlich durch den Gemeinschaft schaffenden, aber auch den öffentlichen Raum kontrollierenden »deutschen Gruß« vermittelt.¹⁴ Diese Schwurformel stellte gleichsam das Bekenntnis des einzelnen Volksgenossen gegenüber dem anderen dar. Die Alltagsgeste ging einher mit einer neuen Architektur der Städte sowie einer in dieser Form bisher nicht gekannten Technikverliebtheit. Das kommende Zeitalter sollte in seinen Monumentalbauten nicht nur sinnfällig, sondern auch sinnstiftend vorweggenommen werden. Ja, muss man nicht sogar schon von Anzeichen einer bereits vergegenwärtigten Zukunft sprechen, wenn im Schatten dieser neu erstellten Repräsentanzbauten dem Dritten Reich und seinem Heilsbringer mit arrangierten Massenaufmärschen gehuldigt wurde?¹⁵ Auch die Begrifflichkeiten, allen voran die eines »Tausendjährigen Reiches« sowie der von den Zeitgenossen phantasievoll auszugestaltende Ausdruck der »Endlösung«, verweisen deutlich auf das chiliastische Weltbild des Mittelalters, dem unübersehbar ein apokalyptischer Bezug innewohnt.¹⁶ Es ist in diesem Zusammenhang schon von einer »Katastrophen-Utopie« gesprochen worden, in der ein Gemeinschaftssinn erzeugt wird, welcher trotz persönlicher Entbehrenungen sinnstiftend für den Einzelnen wird, da er zu den Auserwählten gehört, die am Ende belohnt werden.¹⁷ So gesehen, verknüpfte sich mit Adolf Hitler die aus der mittelalterlichen Tradition hergeleitete Erwartungshaltung, ein Weltkaiser der Endzeit werde die Sehnsüchte auf Erlösung und Verklärung in seiner Person zu bündeln in der Lage sein.¹⁸ Wohl auch deshalb wurden der »Führer« und die »Bewegung« unterschiedlich wahrgenommen. Während die Partei

vertritt, dass Hitler vor allem vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten als »Erlöser« (S. 171) auf die Bevölkerung gewirkt habe und der Nationalsozialismus »etwas Neues im deutschen Leben« (S. 174) gewesen sei, ist es mein Eindruck, dass Hitler vor allem nach Frankreichs Niederlage zum Messias aufstieg und es sich beim Nationalsozialismus um die propagandistisch-verbrämte Wiederkehr von etwas »Altem« handelte.

14 Allert, Gruß, insb. S. 75–79.

15 Thies, Architekt der Weltherrschaft, S. 62–104; Wolf, Gauforen, S. 17–63. Die zeitnahe Realisierung der gigantomanischen Planungen wurde kriegsbedingt erst zum 13.1.1943 ausgesetzt. Zur Sicht eines mit der Umgestaltung des Reiches Beauftragten, der auch auf die Technikverliebtheit – etwa mit Blick auf das Projekt der Breitspurbahnen oder die Automobilisierung der Gesellschaft – eingeht: Ein anderer Hitler, S. 107–281.

16 Maccoby, Henker, S. 278f.; Goodrick-Clarke, Wurzeln, S. 80f. und S. 176.

17 Barkun, Disaster, S. 162f. und S. 192f.

18 Voegelin, Die politischen Religionen, S. 61f. Ähnlich Lukacs, welcher die Position vertritt, dass Hitlers Macht elementar vom Denken und Glauben des deutschen Volkes abhängig gewesen sei. Siehe: Lukacs, Hitler, S. 272.

und der Staatsapparat durchaus verhaltener Kritik ausgesetzt werden konnten, galt Hitler als sakrosankt und gleichsam entrückt, da er das »große Design« entwickelte, welches dem Einzelnen in seinem vollen Ausmaß verschlossen blieb, und dieses zugleich in das Feld konkreter Politik überführte.¹⁹ So wurde er zugleich zum Getriebenen seiner Anhänger, derjenigen, die sich in Krisenzeiten um den Charismatiker geschart hatten und nun das Eintreten des großen Umbruchs einforderten.²⁰

Der dafür zu zahlende Preis, den viele Volksgenossen anscheinend aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit dem Führer auch *vertrauensvoll* zu entrichten gedachten, war die Vernichtung all derer, die nicht dem Idealtypus entsprachen, all derer, die aus der Gemeinschaft nicht nur exkludiert, sondern von dieser satanisiert wurden, da sie als verstörende und bedrohlich wirkende Faktoren die Vollendung des Gesamtkunstwerkes Deutschland mit all seiner Blut-und-Boden-Ästhetik zu gefährden schienen.²¹ Und vielleicht bedurfte man des Typus »des Juden«, von dem alle vermeintlich »wussten«, was und wie er war, und der als Feindbild doch immer neu konstruiert wurde, damit dieser als Antipode²² den Zusammenschluss der losen Teile der deutschen Gesellschaft zu einem »Volkskörper« erst beförderte?

Natürlich gab es trotzdem heimliche Gegnerschaft, den Gang ins Exil, die »innere Emigration« und auch offenen Widerstand. Nur darf all dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Volkskonsens die Flügelkämpfe der Weimarer Republik abgelöst hatte. »Ein Volk, ein Reich, ein Führer« war sicherlich eine Propagandaparole. Dennoch traf sie den vorherrschenden Geist der Zeit, da sie den gesellschaftlichen Umbruch hin zum Führerstaat nur zu gut illustriert. Widerstand übten dagegen nur wenige, die als Einzelne oder in kleinen Gruppen organisiert das Regime bekämpften. Ihnen drohten Haft, KL-Einweisung oder politischer Mord, und vor allem blieb es ein einsamer Kampf. Von allen gegen das Regime geführten Kriegen dauerte der an der »inneren Front« am längsten und hatte zugleich am wenig-

19 Voegelin, Die politischen Religionen, S. 57f.

20 Bourdieu, Das religiöse Feld, S. 101–110.

21 Burrin, Warum die Deutschen?, S. 120f.; Bärsch, »Alfred Rosenbergs ›Mythus‹«, S. 245–247. Bärsch betont dort vollkommen zu Recht, dass es sich bei der Stigmatisierung der Juden nicht um eine vulgarisierte Form der Rassenlehre, sondern letztlich um eine religiöse Dämonisierung gehandelt habe. Siehe dort auch die Diskussionsbeiträge von Klaus Vondung und Michael Ley, die beide den Aspekt des Opfers bei der Ermordung der europäischen Juden und somit den religiösen Charakter des Genozids unterstreichen. Ebenda, S. 29–31. Siehe auch – mit einem kriminalistischen und nicht religionshistorischen Ansatz – die Akzentuierung des utopischen Elementes als Legitimation für den Genozid bei: Jäger, Verbrechen, S. 206–208.

22 Voegelin, Die politischen Religionen, S. 52.

ten Aussicht auf Erfolg, zumal bis zum Kriegsbeginn keine ausländische Unterstützung erwartet werden konnte.²³ Widerstand bedeutete in den Jahren 1940/41, nicht nur gegen das Regime beziehungsweise dessen politische Zielvorgaben zu sein, sondern sich gegen die Volksgemeinschaft, die sich während des Krieges zu einer »Kampfgemeinschaft« gewandelt hatte, zu stellen.

Gestapochef Heinrich Müller berichtete – gestützt auf Meldungen verschiedener Staatspolizeistellen aus dem ganzen Reich – zu Beginn des Russlandfeldzuges im Sommer 1941, dass sogar das Gros der früheren Kommunisten sich von ihrer »Irrlehre« freigemacht habe, sich ganz im Sinne des Staates nunmehr in »festen Arbeitsverhältnissen« befinde und somit Teil der Gemeinschaft sei. Darüber hinaus seien viele von ihnen jetzt den Organisationen der »Bewegung« wie der Deutschen Arbeitsfront oder der Nationalsozialistischen Volksfürsorge beigetreten.²⁴ Was Müller im Geheimen zur Information an interessierte Dienststellen weiterleitete, propagierte der *Völkische Beobachter* ganz offen, kombiniert noch mit diversen antisemitischen Klischees, wonach auch ehemalige Kommunisten nun genau wüssten, wo der Feind stehe.²⁵ Aus Sicht der Gestapo gab es also nach innen, in den »Volkskörper« hinein, wenig zu tun.²⁶ Und auch in den besetzten Ländern war nach dem Angriff auf die UdSSR kein Aufbegehren gegen die deutsche Besatzung zu verspüren. Seitens des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) Krakau wurde sogar gemeldet, dass selbst viele Polen im Generalgouvernement diesen Feldzug ihrer Unterdrücker ausdrücklich begrüßten.²⁷

Wenn auch solchen Nachrichten kein wirklicher Beweiswert hinsichtlich der politischen Organisation, des Widerstandswillens im Untergrund oder gar der prinzipiellen Einstellung des polnischen Volkes zukommt, so geben sie doch Aufschluss darüber, wie die Kontrollorgane des Regimes die Situation einschätzten. Sie belegen, wie selbstsicher das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) war, das meinte, die Situation unter Kontrolle zu haben – wohl wissend, dass es sich auf die Mehrheit der Volksgenossen uneingeschränkt verlassen konnte. Ein relativ kleiner Apparat von Beamten und hauptamtlichen SD-Angehörigen wurde von Zuträgern und Spitzeln be-

23 Klaus, »Zu wenig und zu spät?«, S. 265–281.

24 BAB, R 58/214, Ereignismeldung UdSSR Nr. 4 vom 25.6.1941.

25 Meyer zu Uptrup, Kampf, S. 375.

26 Duhnke, KPD, S. 528f. Duhnke spricht dort – und dies kann man sogar noch als beschönigend interpretieren – von der »Selbstisolierung« der kommunistischen Untergrundbewegung.

27 BAB, R 58/214, Ereignismeldung UdSSR Nr. 3 vom 24.6.1941.

dient, die wiederum genau ahnten, was man im Amt hören wollte, was also berichtenswert war. Die Kontrolle und Lenkung in den »sicherheitspolitischen Fragen«, wie es im Jargon der Zeit hieß, wurde dadurch ungemein erleichtert, wenn nicht erst ermöglicht. Kurzum, es gab wohl keinen gravierenden Dissens zwischen Herrschaft und Geführten, zwischen Polizei und Bevölkerung, vielmehr konnte sich der Apparat mit dem »Führer« an der Spitze auf die Mehrzahl der Staatsbürger zu Beginn des Unternehmens »Barbarossa« rückhaltlos verlassen. Es dürfte mittlerweile auch Konsens in der Forschung sein, dass es dem Reich in den besetzten Ländern im Westen wie im Osten ohne die Kollaboration weiter Teile der Bevölkerung wohl kaum gelungen wäre, seine Herrschaft zu sichern und seine Macht auszuüben. Selbst unter den Besiegten gab es demnach einen starken Trend, sich mit der Ordnungsmacht zu arrangieren, ja von den neuen Machtverhältnissen in Europa zu profitieren. Dies traf vor allem auf so nationalistisch wie antisemitisch ausgerichtete Bewegungen in der Ukraine und im Baltikum zu, welche auf die Wiederherstellung ihrer staatlichen Unabhängigkeit hinarbeiteten, sich zumindest Privilegien in Hitlers Europa erhofften und nicht zuletzt deshalb aktiv am Völkermord mitwirkten.²⁸

Hitler selbst sprach im vertrauten Kreis – wie die immer wieder angeführte Besprechung des deutschen Diktators vom 16. Juli 1941 belegt – deutlich aus, welchen Charakter der Feldzug gegen die Sowjetunion wirklich annehmen sollte. Mit den Stichworten »beherrschen«, »verwalten« und »ausbeuten« hatte er Vernichtungskrieg und Siedlungspolitik gleichermaßen klar benannt und betont, in diesem Zusammenhang, dass diese Ziele unter Einschluss aller »notwendigen Maßnahmen – Erschiessen, Aussiedeln etc.« zu erreichen seien.²⁹

Weder dieser Äußerung noch anderen seiner Stellungnahmen war jedoch eine politische Zielvorgabe zu entnehmen, wie mit den Leichen der Ermordeten zu verfahren sei. Möglicherweise wurde dies trotz des Ausmaßes des Völkermord- und Völkerverschiebungsprogramms als marginales Problem betrachtet, mit dem sich die Führungsebene nicht zu beschäftigen gedachte

28 Siehe hierzu: Dieckmann u. a. (Hg.), Kooperation und Verbrechen, insb. die Beiträge von Klaus-Peter Friedrich, Frank Golczewski, Tanja Penter und Katrin Reichelt, die sich allesamt mit der Kooperation der einheimischen Bevölkerung im besetzten Osteuropa auseinandersetzen. Siehe auch den Gesamteuropa betreffenden Sammelband: Okkupation und Kollaboration.

29 Nürnberger Dokument L-221, Aktenvermerk vom 16.7.1941 über eine Besprechung im Führerhauptquartier, gedr. in: IMG, Bd. 38, S. 86–94.

– zumal Hitler³⁰ seit seinen Erfahrungen mit der »Euthanasie«-Aktion zu vorsichtig geworden war, um seiner Verwaltung gegenüber offen als Spiritus Rector der Massenmorde in Erscheinung zu treten.³¹ Mit Blick auf die Öffentlichkeit galt dies erst recht. Je länger seine charismatische Herrschaft dauerte, desto mehr verstand es der Diktator, seine verbrecherische Verantwortung und vor allem die Initialisierung des Genozids durch seine Person, die auf seine ureigene hasserfüllte Getriebenheit gegen das »Judentum«, den »Bolschewismus«, aber auch gegen die als dekadent wahrgenommenen westlichen Demokratien zurückzuführen ist, zu verschleiern. Manchmal schien es sogar, als würden die nachgeordneten Institutionen aus der jeweiligen Situation heraus von sich aus aktiv und der Massenmord an den Juden als eigendynamischer Prozess unter Ausschaltung der Hierarchie umgesetzt.

Die Frage, was mit den verscharrten Körpern der Ermordeten zu geschehen habe, mag für die verantwortlichen Stellen anfangs schlicht nicht von Belang gewesen sein. Selbst für Heinrich Himmler standen – wie sein Dienstkalender nachdrücklich belegt – seit dem Sommer 1941 und während der rasch voranschreitenden Offensive operative Fragen der Waffen-SS wie die Siedlungspolitik im Vordergrund.³² Schließlich waren zu diesem Zeitpunkt alle Erwartungen auf den raschen Zusammenbruch der Sowjetunion ausgerichtet, weshalb Vorsichtsmaßnahmen keine Rolle spielten. Glaubte man doch, bald den Kontinent gänzlich zu beherrschen und dann keinem ausländischen Staat oder einer internationalen Institution – beispielsweise dem Internationalen Roten Kreuz³³ – mehr Rechenschaft über die eine oder andere verbreitete »Greuelmeldung« ablegen zu müssen. Machtvollkommenheit bedeutete in einem solchen Fall, wirklich Herr des Verfahrens zu sein und selbst auf bündnispolitische oder diplomatische Erwägungen verzichten zu können. Und dies hieß vor allem, keine Rücksicht mehr auf

30 Gleichwohl war Hitler ansonsten an Details der Tätigkeit der Einsatzgruppen durchaus interessiert, die deshalb »Anschauungsmaterial« für das Führerhauptquartier bereitzustellen hatten. Siehe: RSHA-Befehl an die Einsatzgruppen zur Beschaffung von Anschauungsmaterial vom 1.8.1941, gedr. in: Einsatzgruppen, S. 342.

31 Fleming, Hitler, S. 29–44.

32 Dienstkalender, S. 55–96.

33 Das Internationale Rote Kreuz unterhielt in der Reichshauptstadt Berlin seit dem Jahr 1940 – im Herbst 1943 pikanterweise am Großen Wannsee 2–4, also in der Nähe des Spionagezentrums des SD untergebracht – eine von Dr. Roland Marti geführte ständige Delegation, die zwar kaum über Personal verfügte, aber neben der Erledigung ihrer üblichen Dienstgeschäfte kritisch aus dem Zentrum der Macht über die politische Entwicklung in Deutschland und in den besetzten Gebieten berichtete. Siehe: Favez, Das Internationale Rote Kreuz, S. 161–167; Biege, Helfer, S. 90.

als überkommen angesehene, aufklärerisch ›verweichlichte‹ oder jüdisch-christlich ›entstellte‹ Moralvorstellungen über das rechte Handeln nehmen zu müssen. Trotzdem spielte der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle, da nur in dieser Phase der Euphorie die gewöhnlichen Täter bereit waren, das Ungeheuerliche zu tun. Kaum etwas gibt die unausgesprochene Übereinkunft zwischen den Mordschützen und der Staatsführung so gut wieder wie das bekannte Zitat eines Tatbeteiligten im Ulmer Einsatzgruppenprozess, wonach sich die Schützen mit folgenden Worten gegenseitig Mut zugesprochen hätten: »MenschensKinder! Verflucht noch mal! Eine Generation muss *dies* durchstehen, damit unsere Kinder dann Ruhe haben!«³⁴ In einer anderen Nachkriegsaussage führte ein seinerzeit beim Sonderkommando (Sk) 4b eingesetzter Kriminalkommissar aus, die Führung habe ihrer polizeilichen Elite zwar unbedingt vertraut, man habe sich dieses Vertrauens aber auch würdig erweisen müssen. Sein Vorgesetzter habe die im Osten eingesetzten Männer in einer Ansprache, in der es um die Auslöschung der sowjetischen Juden ging, seines Mitgefühls versichert, weil er »wisse, dass es sich um eine besonders schwere Aufgabe handele, und zwar besonders in seelischer Hinsicht. Wir sollten uns aber stets vor Augen halten, dass nicht wir dafür verantwortlich seien. [...] Über die Wichtigkeit und die Schwere der Aufgabe werde erst nach dem Krieg gesprochen werden können. Dann aber sollten auch diejenigen belohnt werden, die diese schwere Aufgabe durchgeführt hätten.«³⁵

Dass diese Geisteshaltung keine Ausnahme darstellte, zumindest, was das Erleben der Mordtätigkeit an der Grube angeht, belegt der Fall des Verwaltungsführers beim Sk_{4a}, Karl Kretschmer. Er schrieb seiner Frau relativ offen über das »Verschwinden« der Juden im Osten und ließ auch keinen Zweifel daran, selbst an Exekutionen mitgewirkt und damit auch die nötige Härte gezeigt zu haben. Als Legitimation führte er unter anderem an, dass die Deutschen »nun einmal nach dem Willen des Schicksals das Volk der Zukunft« seien. Das Erschauern beim Anblick getöteter Menschen wird von ihm als Anfall von Schwäche gewertet, da doch der Massenmord »die einzige Tat ist, die unbedingt zur Sicherheit unseres Volkes und unserer Zukunft erforderlich« sei, wobei Hitler gleichsam als imaginiertes Beichtvater den Schützen die Absolution erteilt: »Der Glaube an den Führer erfüllt uns und gibt uns die Kraft zu unserer schweren und undankbaren Aufgabe. Denn überall, wo wir hinkommen, werden wir etwas schräg angesehen. Das

34 Ks 2/57, Urteil des Landgerichts Ulm gegen Bernhard Fischer-Schweder u.a. vom 29.8.1958, gedr. in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 15, S. 59–168, Zitat S. 77.

35 Js 24/62 der Zentralstelle Dortmund, Bd. 21, Aussage Hans Juhnke vom 22.11.1963, Bl. 170f.

soll uns auch nicht von der Erkenntnis abbringen, dass es notwendig ist.«³⁶ Ein anderer, in Mogilew eingesetzter Schütze schrieb nach dem Ende einer Mordaktion am 5. Oktober 1941 an seine Frau, die er in seinem Brief weder über die damit verbundenen Grausamkeiten noch darüber in Unkenntnis ließ, dass er selbst Säuglinge erschossen hatte: »Nur weg mit dieser Brut, die ganz Europa in den Krieg gestürzt hat und jetzt auch noch in Amerika schürt.« Der Verfasser des Briefes gab überdies seiner Hoffnung Ausdruck, dass dann bald auch die deutschen, »unsere heimischen Juden« drankämen.³⁷ Bemerkenswert an Aussagen wie diesen ist, dass Führer wie Geführte offensichtlich den Krieg als einen Kreuzzug verstanden, der ihnen zur Erfüllung ihrer ›Mission‹ jedoch nur einen auf jeweils wenige Monate bemessenen Zeitraum eröffnete. Dafür mag weniger die Erwartung verantwortlich gewesen sein, dass der Feind doch noch siegen werde, als vielmehr die Sorge – die Himmler auch in seiner berüchtigten Posener Rede am 4. Oktober 1943 bei der SS-Gruppenführertagung thematisierte –, dass die eigenen Leute nach Abschluss der Kampfhandlungen ein derartig radikales Vorgehen ablehnen würden, gegenüber den Opfern zu milde gestimmt wären und dann die notwendige Härte vermissen ließen.³⁸ Diese Ansicht unterstrich er zwei Tage später am gleichen Ort in seiner Ansprache vor den versammel-

- 36 Kretschmers Briefe vom Herbst 1942 sind teilw. gedr. in: Klee/Dreßen/Rieß (Hg.), »Schöne Zeiten«, S. 154–161. Die hier wiedergegebenen Passagen stammen aus dem Brief vom 19.10.1942, Zitate auf S. 160f. Zum Fall Kretschmer und den Legitimationsstrategien anderer Täter mit Verweis auf ihre »weltanschauliche« Ausbildung siehe auch: Matthäus, »Judenfrage«, S. 71–82. Kretschmer selbst versuchte in der Nachkriegszeit, seine geäußerten Ansichten als »typische NS-Phrasen« abzutun. Siehe: BAL, 4 AR-Z 269/60, Bd. 25, Aussage Karl Kretschmer vom 9.3.1967, Bl. 148. Voegelin betonte bereits 1938 vorausschauend, wenngleich nicht mit diesem kriminalhistorischen Impetus, dass der Erlösung zunächst die Tat vorausgeht, wobei die Bürde der Ausführung den »Vorkämpfern des kommenden Reiches« zufalle, während andere – die »Geschäftigen« – die Tat erst nach dem Vollzug »feiern«. Voegelin, Die politischen Religionen, S. 61f.
- 37 Brief des Walter Mattner aus Mogilew an seine Frau vom 5.10.1941, hier wiedergegeben n.: Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 588f. Zur Bedeutung von Mattners Brief hinsichtlich der Psyche der Täter siehe auch: Browning, Entfesselung, S. 434f.
- 38 Ich beziehe mich dabei auf die bekannten Passagen, aber auch auf deren – oftmals nicht zitierte – Weiterführung: »Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte, denn wir wissen, wie schwer wir uns täten, wenn wir heute noch in jeder Stadt – bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und bei den Entbehrungen des Krieges – noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten.« Nürnberger Doku-

ten Reichs- und Gauleitern, wenn er behauptete, die Zahl der einzelnen »anständigen Juden«, für die sich ein nationalsozialistisch gesinnter Volksgenosse verwenden würde, übersteige die Anzahl der Juden, die überhaupt »nominell vorhanden waren«. Deshalb könne er rückschauend nicht auf das Gros der Volksgenossen bei der »Endlösung« bauen, sondern habe diesen schweren Auftrag sorgsam in die Hände seiner SS gelegt. Der Orden aber sollte über diese Angelegenheit schweigen, das deutsche Volk über die Vorgänge besser im Unklaren bleiben: »Ich glaube, es ist besser, wir – wir insgesamt – haben das für unser Volk getragen, haben die Verantwortung auf uns genommen (die Verantwortung für eine Tat, nicht für eine Idee) und nehmen das Geheimnis mit in unser Grab.«³⁹

Ähnlich war der Eindruck von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, wie wir aus seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 7. März 1942 wissen, wonach spätere Generationen nicht mehr die »Tatkraft« und die »Wachheit des Instinkts« besäßen, um die »Judenfrage einer endgültigen Lösung zuzuführen«. Und weiter: »Was wir uns heute als Last aufbürden, wird für unsere Nachkommen ein Vorteil und Glück sein.«⁴⁰ Ja sogar Hitler selbst sollte im Januar 1942 erste Zweifel an der Treue seines Volkes artikulieren. Dieses wäre verdammenswert, wenn es ihm auf dem vorgegebenen Weg nicht folgen würde – womit er nicht nur die operative Vorgehensweise bei den militärischen Operationen, sondern mit dem Stichwort »Selbsterhaltung« auch die innere Front gemeint haben dürfte.⁴¹ Das Vertrauen der Führung in ihre Gefolgschaft, die »Endlösung« radikal durchzusetzen, war somit – wenn überhaupt je vorhanden – zeitlich begrenzt. Umgekehrt war das Vertrauen der Gefolgschaft in die Führung mehrheitlich wohl nur so

ment PS 1919, Rede Heinrich Himmlers vom 4.10.1943, gedr. in: IMG, Bd. 29, S. 110–173, Zitat S. 145f.

39 Rede Himmlers am 6.10.1943 in Posen, gedr. in: Himmler, Geheimreden, S. 162–183, Zitat S. 170f. Im selben Abschnitt der Rede (S. 170) hatte Himmler übrigens auch auf das besondere Verhältnis zu seinem Volk hingewiesen: »Wir haben die Verpflichtung unserem Volke, unserer Rasse gegenüber, wenn wir den Krieg gewinnen wollen – wir haben die Verpflichtung unserem Führer gegenüber, der nun in 2000 Jahren unserem Volke einmal geschenkt worden ist [!], hier nicht klein zu sein und hier konsequent zu sein. Wir haben aber nicht das Recht, auch nur einen Pfennig von dem beschlagnahmten Judenvermögen zu nehmen.«

40 Goebbels, Tagebücher, Bd. 4, S. 1762f., Zitate ebenda.

41 Siehe hierzu die Notizen von Heim und Picker am 27.1.1942. Nachdem Hitler sich u.a. über das »Wortgeblödel« jüdischer und christlicher Autoren der Antike ausgelassen und das Ideal der Treue in einer hierarchisch organisierten Gesellschaft betont hatte, schloss er seine Ausführungen: »Wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, für seine Selbsterhaltung sich einzusetzen, gut: dann soll es verschwinden!« Siehe: Picker, Tischgespräche, S. 95–98, Zitate S. 96 und S. 98.

lange vorhanden, wie der von der »Vorsehung« geleitete Feldherr von militärischem Erfolg zu Erfolg schritt.⁴² Da eben diese Erfolge in einer Form der symbiotischen Übertragung gleichsam die des »Volkskörpers« waren, wurde dieser unangreifbar, solange ein solcher Zustand anhielt. Dies galt mit Blick auf die Kriegshandlungen, die den Nimbus der Unbesiegbarkeit an der äußeren Front immer neu kreierte, wie nach innen gerichtet bei der Ausschaltung aller Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, die sich bestenfalls als kläglicher Überrest in den Strukturen der Justizverwaltungen erhalten hatte, aber zweckentfremdet bar jeglicher moralischer Autorität und damit letztlich pervertiert war.⁴³

Mit dem Andauern des Feldzuges gegen die Sowjetunion und der Erkenntnis, dass ein Ende der Feindseligkeiten nicht absehbar war, ja sogar die Erweiterung zum globalen Krieg immer wahrscheinlicher wurde, setzte – ohne dass hier ein direkter Kausalzusammenhang nachgewiesen werden kann – ein Wandel in der *Technik* des massenhaften Mordens an der Ostfront ein. Und dieser betraf eben nicht ausschließlich die zunehmende Mechanisierung der Erschießungsabläufe an den Gruben, die den Erfahrungen der großen Massaker geschuldet war, sondern auch die Beseitigung der Leichen. Betrachtet man die Entwicklung und Dynamik des Genozids an den Juden, aber auch an »Zigeunern«, angeblichen oder wirklichen »Bolschewiken«, Behinderten und »Asozialen«, lassen sich folgende Abläufe nachzeichnen:

Nach dem Beginn des Überfalls wurden in gewissen Regionen – vornehmlich solchen, die unter der sowjetischen Diktatur besonders gelitten hatten und in denen deshalb die Juden leicht als »Bolschewiken« und Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes NKWD verleumdet werden konnten – Pogrome arrangiert, wobei die Opfer vor aller Augen misshandelt, gequält und häufig direkt auf der Straße hingerichtet wurden. Ihre Leichen prägten das Bild vieler Städte in Galizien und im Baltikum, was die

42 Kershaw, Hitler-Mythos, S. 208–213.

43 Dahinter steht letztlich die Frage, ob einem Führerbefehl Gesetzeskraft zukam und ob dieser bestehende Gesetze außer Kraft setzen konnte. Selbst in der Hochphase der deutschen Diktatur gab es bei der Ausgrenzung und staatlich beauftragten Ermordung der Juden Europas formale Hürden, weshalb in dieser Frage vor allem mit Erlassen und Verordnungen agiert wurde. Insbesondere hinsichtlich der Aushebelung des Mordparagrafen § 211 StGB existierte eine letzte Hemmschwelle, die wegen juristischer (nicht moralischer) Bedenken nicht überwunden wurde – mit der Folge, dass sich Beschuldigte in der Nachkriegszeit eben nicht auf einen Führerbefehl als Schuldausschlussgrund berufen konnten. Siehe: Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung, S. 439–441. Vgl. auch: Jäger, Makrokriminalität, S. 199–204.

besonders brutalen Vorgänge in Jassy, Lemberg, Kaunas oder Riga⁴⁴ eindrücklich belegen. An anderen Orten fanden die ersten Exekutionen als nach militärischem Muster ausgerichtete Hinrichtungen statt, bei denen mitunter sogar ein »Urteil« verlesen oder den Delinquenten eine wie auch immer geartete Begründung für ihr Sterben vorgetragen wurde. Diese Vorgehensweise sollte allerdings in erster Linie die Schützen beruhigen, um ihnen durch die Übertragung eines tradierten Vorgangs zu suggerieren, es handele sich beim angeordneten Tötungsakt um einen rechtlich abgesicherten Vorgang – da ja in dieser Phase vor allem wehrfähige Männer erschossen wurden. Doch schon bald erwiesen sich dieses Procedere ebenso wie unorganisierte Pogrome aufgrund der dynamischen Radikalisierung des Massenmordes als nicht mehr praktikabel. Mit der Einbeziehung erst von Frauen, dann auch Kindern und Greisen in die Mordaktionen ließen sich angesichts der sprunghaft ansteigenden Opferzahlen weder der Schein der Legitimität noch die Fiktion, in den öffentlich inszenierten Gewaltorgien breche sich ein gerechter Volkszorn Bahn, aufrechterhalten. Deshalb wurden die Morde verstärkt arbeitsteilig durchgeführt: Die Erfassung der Opfer, der Transport zur Hinrichtungsstätte, das Ausheben der Gruben, die Erfassung der Wertsachen, aber auch der Kleidungsstücke bis zum Abdecken des Massengrabes liefen nach einem festen Schema, geradezu wie im Akkord ab.

In gewissem Gegensatz dazu kann jedoch das von den Tätern eingeforderte Entkleiden der Opfer – ihre erzwungene Nacktheit – gesehen werden. Hier ging es eben nicht ausschließlich um die Verwertbarkeit der Kleidungsstücke, sondern, wie Stanislaw Lem und Hyam Maccoby unabhängig voneinander vollkommen zu Recht betont haben, vor allem um die Inszenierung des Verbrechens, darum, das Ausmerzen der verfehlten Schöpfung einer auserwählten jüdischen Rasse sinnfällig und ritualisiert zur Schau zu stellen. Das Gemetzel an den Gruben konnte so als zelebrierte »Reinwaschung« interpretiert werden, wobei die Mörder sich selbst leichter zu

44 Zu den blutigen Ausschreitungen von Jassy hat Jean Ancel ausführlich gearbeitet: Ancel, »Jassy Syndrome«. Jüngst in rumänischer Sprache: ders., Preludiu, hier insb. S. 390–393. Danach geht Ancel von etwa 15.000 Opfern – 8000 in der Stadt und 7000 in den Todeszügen – aus. Weiterhin: Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 140–145. Auch die Pogromphase sowie die Tätigkeiten der Kommandos der Einsatzgruppe (EG) C in Lemberg sind gut erforscht: Pohl, Judenverfolgung, S. 54–74; Sandkühler, »Endlösung« in Galizien, S. 114–119; Wachs, Fall Theodor Oberländer, S. 55–89. Zu Kaunas: Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 61–63 und S. 75–85. Zur Pogromphase in Riga: Ezergailis, Holocaust in Latvia, S. 211–221; Angrick/Klein, »Endlösung« in Riga, S. 73–91.

heroisieren vermochten, da sie sich als in höherem Auftrag handelndes Werkzeug der Katharsis betrachten konnten.⁴⁵ Im Extremfall handelte es sich – mit Max Scheler gesprochen – um einen, allerdings entmoralisierten, Akt der »Selbstvergottung«, durch den der Mensch, wohlgemerkt nach nationalsozialistischer Auslegung, in sein »Mitkämpfertum« an Gottes Seite eintrat.⁴⁶

Bemerkenswerterweise vermochten nicht nur die deutschen Verantwortlichen dem Verbrechen auf diese Art einen übergeordneten Sinn zu verleihen. Auch die Bevölkerung im besetzten Gebiet neigte unbewusst zu einem ähnlichen Deutungsansatz, wenngleich die Wurzel hier im magischen Denken zu suchen ist. Nach der Ermordung von 6500 Juden im weißrussischen Borissow hatten viele Einwohner der Stadt in ihren Träumen plötzlich Erscheinungen, es kursierten Gerüchte über bittere Visionen und moralische Belehrungen, wonach die Juden wie in den heiligen Schriften vorausgesagt für ihre Sünden bestraft worden seien, was zum düsteren Anlass genommen wurde, das Weltende kommen zu sehen.⁴⁷ Selbst jüdische Gelehrte interpretierten die Massenverbrechen in diesem Sinne, allen voran der radikal-orthodoxe Rabbi von Lubawitsch, der charismatische Joseph Isaak Schneersohn, der in seinem New Yorker Exil im Jahr 1941 wiederholt den Holocaust als gerechte Strafe für die Juden ansah, welche seiner Ansicht nach mehrheitlich vom Glauben abgefallen waren. Ironischerweise war Hitler in dieser Sichtweise die Geißel Gottes und das Werkzeug der Vollendung, da sich die Juden im Stadium der vollkommenen Unreinheit befänden. Durch Hitler würden sie sich ihrer Sünden entledigen, auf sich selbst besinnen und so ihre eigentliche Identität sowie ihr Seelenheil zurückerlangen.⁴⁸

Indes entwickelte die überwiegende Mehrheit der Täter vor Ort kaum »erklärende« oder exkulpierte Modelle, die ihr Handeln in einen wie auch immer gearteten höheren Sinnzusammenhang stellten. Es trat eher eine gegenteilige Entwicklung ein. Viele stumpften ab oder bildeten sadistische

45 Lem, *Provokationen*, S. 204–207; Arndt, *Prognose*, S. 110–111; Maccoby, *Henker*, S. 279; Ley, *Holocaust als Menschenopfer*, S. 128–132.

46 Scheler, *Stellung*, S. 102–104. Dort auch folgender Passus: »Das letzte wirkliche ›Sein‹ des Durch-sich-Seienden ist nicht gegenstandsfähig – so wenig wie das Sein einer Fremdperson. Man kann an seinem Leben und seiner geistigen Aktualität teilhaben *nur durch Mitvollzug*, nur durch den Akt des Einsatzes und der tätigen Identifizierung« (S. 104). Scheler bestritt – interessanterweise ähnlich wie später Himmler – die »theistische Voraussetzung« eines persönlichen Gottes, sondern betonte einen Weltgrund, der »sich im Menschen selbst unmittelbar erfaßt und verwirklicht« (S. 102).

47 Hilberg, *Vernichtung*, S. 230.

48 Rigg, *Rabbi Schneersohn*, S. 190 und S. 200–219.

Neigungen aus, was der Führung der Mordkommandos und Himmler selbst nicht verborgen blieb. Dieser fehlgeleiteten Entwicklung galt es in den Augen des Reichsführers SS (RFSS) entgegenzuwirken. In einem nächsten Schritt kam es daher zum Einsatz der Gaswagen, offiziell, weil man den Opfern unnötiges Leiden ersparen wollte, faktisch aber, um die nervlich überstrapazierten Schützen zu entlasten. Nichtsdestoweniger waren bei diesem Vorgehen immer noch zu viele Einheiten wie Einzelpersonen in das Morden involviert, wurden zu Mittätern und Mitwissern. Außerdem trat der gewünschte Effekt nicht ein. Die Gaswagen bedeuteten für die Männer an den Gruben eine noch größere psychische und mitunter auch moralische Belastung, da die Gesichter der Opfer häufig grausam-grimassenhaft verzerrt waren, so dass diese ihren Mördern nicht mehr aus dem Kopf gingen.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen an der Ostfront und des Problems, Platz für Zigtausende gefangene Rotarmisten zu schaffen,⁴⁹ wurde im Herbst 1941 der Ausbau von Auschwitz-Birkenau angegangen.⁵⁰ Dem war am 3. September 1941 im Kellergeschoss von Block 11 des Stammlagers eine »Probevergasung« größeren Umfanges mit Zyklon B an sowjetischen Kriegsgefangenen vorausgegangen,⁵¹ die für die Täter befriedigend verlau-

49 Sonderarchiv Moskau, 502-1-19, Bl. 2-2R, Aktenvermerk vom 17.11.1941. Danach befanden sich zu dieser Zeit bereits 10.000 gefangene Rotarmisten in Auschwitz, die ins Schutzhaftlager eingewiesen worden waren. Projektiert war das Kriegsgefangenenlager jedoch für 125.000 Rotarmisten. Siehe: ebenda, 502-1-233, Bl. 11, Hauptamt Haushalt und Bauten, der Chef des Amtes II Bauten vom 1.11.1941, Betr.: Kriegsgefangenenlager Auschwitz.

50 BADH, KL-Hafta, Bd. 7, unpag., Hauptamt Haushalt und Bauten, Der Chef des Amtes II – Bauten vom 27.9.1941, Betr.: Errichtung von Kriegsgefangenenlager. Danach sollten die Arbeiten in Lublin, d. h. Majdanek, und in Auschwitz »mit größtmöglicher Beschleunigung« vorangetrieben werden. Schulte, Zwangsarbeit und Vernichtung, S. 334–338; Allen, Business of Genocide, S. 148–153. Die Baugenehmigung für Birkenau wurde am 9.1.1942 erteilt. Siehe: Sonderarchiv Moskau, 502-1-233, Bl. 9, Hauptamt Haushalt und Bauten, der Chef des Amtes II – Bauten vom 9.1.1942, Betr.: Nachtrag für die Errichtung eines Kg. L. in [!] der Waffen-SS in Auschwitz.

51 Grundlegend: Klodzinski, »Vergasung«, S. 261–275; Czech, Kalendarium, S. 115–118. Vor dieser größeren Vergasungsaktion hatte der Schutzhaftlagerführer Karl Fritzsche bereits im August 1941 ein derart todbringendes Experiment an einer Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener im Block 11 (in dieser Epoche des Lagers noch als Block 13 geführt) des KL durchführen lassen. Siehe auch: Piper, »Vernichtungsmethoden«, S. 137–143; Höß, Kommandant, S. 126. Da zu den ersten Vergasungen in Auschwitz kaum Zeugnisse vorliegen, sind nachfolgende Aussagen für den Verfahrensablauf ebenfalls aufschlussreich: BAL, 402 AR-Z 37/58, SB 4, Aussage Erwin Bartel o.D., Bl. 618; Bd. IV/a, Aussage Zdzislaw Michalak vom 3.6.1970, Bl. 1664f.; SB 46, Aussage Kurt Leischow vom 14.3.1961, Bl. 8104; SB 61, Aussage

fen war, so dass ein Systemwechsel – von den Exekutionsgruben hin zur Gaskammer – bei der Durchführung des Massenmordes möglich erschien. Perspektivisch gesehen, sollten schließlich die Eigenschaften des Areals für die Transformation des Lagers an Bedeutung gewinnen: Hier ließ sich eine große Zahl von Häftlingen aufnehmen, und die in der Nähe verlaufende Eisenbahnlinie Wien–Krakau sowie der Bahngleisanschluss an das »Quarantänelager« erleichterten die Logistik des mörderischen Vorhabens.⁵² Im Oktober begann man mit der Vernichtung der jüdischen Lagerinsassen, wobei man sich zunächst auf kleinere Gruppen beschränkte, bis nach der Jahreswende Deportationstransporte aus Ostoberschlesien nach Auschwitz geführt wurden.⁵³ Da seit September 1941 der Erweiterung der von der Firma Topf & Söhne in Auschwitz eingerichteten Einäscherungsanlage nichts mehr im Wege stand, war damit die unabdingbare Voraussetzung geschaffen, um den prinzipiellen Wechsel vom Konzentrations- zum Vernichtungslager einzuleiten.⁵⁴ Dass aber bereits in dieser Phase im KL Auschwitz Schreckliches geschah, blieb auch den Alliierten nicht verborgen, wenngleich sie über die Dimension des sich anbahnenden Massenmordes zu diesem Zeitpunkt nur mutmaßen konnten; im November 1941 war sich aber zumindest die in London residierende polnische Exilregierung bewusst, dass die »Kapazität der Krematoriumsöfen« des Stammlagers nicht

Wilhelm Dibowski vom 25.1.1962, Bl. 11311f. BAL, 407 AR-Z 297/60, Bd. 28, Aussage Erich Muhsfeldt vom 8.9.1947, Bl. 5672. Der gut informierte Muhsfeldt benennt darin SS-Oberscharführer Karl Seufert als maßgeblich an den Morden beteiligt. Zur Bedeutung der September-Morde, zu der Hinwendung zur totalen Vernichtung und der Frage, wann diese Entscheidung gefallen war, siehe den ausgezeichneten Aufsatz: Orth, »Rudolf Höß«, insb. S. 49–51.

- 52 Sonderarchiv Moskau, 502-1-218, Erläuterungsbericht zum Vorentwurf für den Auf- und Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz vom 12.9.1941; 502k-1-233, Erläuterungsbericht zum Vorentwurf für den Neubau des Kriegsgefangenenlagers der Waffen-SS, Auschwitz O/S vom 30.10.1941; 1372-6-22, Schreiben Sonderbeauftragter für den Generalbebauungsplan der Stadt Auschwitz Hans Stoßberg an den SS-Oberführer Kammler, 16.1.1942, betrifft: Generalbebauungsplan Auschwitz unter Bezugnahme ihrer Besprechung vom 6.12.1941. Danach ging die Eisenbahndirektion Oppeln davon aus, dass täglich 35 Waggons in Auschwitz eintreffen würden.
- 53 Balzer/Renz (Hg.), Urteil, S. 84f. und S. 179f. 50/4 Js 72/72 StAnw Frankfurt am Main, Einstellungsverfügung vom 16.1.1979 gegen Werner Jothann und Johann Baptist Kirschneck, Bl. 1f.
- 54 Czech, Kalendarium, S. 124, Einträge für den 24. und 25.9.1941; Pressac, Krematorien, S. 29f. und S. 32–37; Gerlach, »Firma J.A. Topf & Söhne«, S. 81. BAL, 402 AR-Z 37/58, SB 57, Aussage August Schlachter vom 16.11.1961, Bl. 10541.

ausreichte, um während der Wintermonate »alle anfallenden Leichen zu verbrennen«. ⁵⁵

Bereits im Oktober 1941 hatte das Sonderkommando Lange – eine von Kriminalkommissar Herbert Lange geführte Spezialeinheit, die schon im Jahr 1940 mit der Ermordung kranker Menschen im Wartheland und Südostpreußens begonnen hatte ⁵⁶ – ein weiteres stationäres Vernichtungszentrum installiert. Die »Gaswagenstation« des Schlosses Kulmhof (Chelmno), die wohl auf Initiative des Gauleiters Greiser zunächst für die Juden des Warthegaus als regionale Mordstätte angelegt worden war, nahm ihren tödlichen Massenbetrieb Anfang Dezember auf, als die baulichen Maßnahmen abgeschlossen waren. ⁵⁷ Kulmhof steht für einen besonderen Typus des Vernichtungslagers – eine Mischform aus stationärer Sammlung der Opfer (im Schloss) und dem von dort aus erfolgten Gaswageneinsatz –, der aufgrund des Mangels an fest installierten Vergasungsanlagen als improvisierte Einrichtung anzusehen ist. Eine analog aufgebaute Mordeinrichtung betrieb im Südosten des deutsch besetzten Europas der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) Serbien ab Dezember 1941 mit dem Gaswagenlager Semlin (Samjaste) auf dem früheren Ausstellungsgelände der Stadt Belgrad als todbringende Alternative zu zig im Land verstreut liegenden Hinrichtungsstätten. Im Unterschied zu Kulmhof hatten die Verantwort-

55 Świebocki, »Auschwitz«, S. 80f., Zitat ebenda. Siehe auch: YIVO, RG 493, Box 1, Bl. 44–50, Report on the domestic situation (from the Polish underground to London). Der Bericht reicht bis zum 30.1.1942 und enthält u. a. Aussagen zu Auschwitz und zum Warschauer Ghetto.

56 Klee, »Euthanasie« im NS-Staat, S. 190–193 und S. 371f.; Rieß, Anfänge, S. 296f.; ders., »Radikalisierung«, S. 135–137.

57 Ausführlich dazu das nächste Kapitel. Ansonsten: APL, GV 1757, unpag., Der Landrat des Kreises Warthbrücken an die Staatspolizeistelle Litzmannstadt vom 24.6.1943, betrifft: Beteiligung des SS-Sonderkommandos Kulmhof an der Jahrespacht der Kreisgärtnerei in Kulmhof. Nach diesem Dokument – das mir freundlicherweise Peter Klein zur Verfügung stellte – lässt sich das leidige Thema, ab wann das Lager eingerichtet wurde, präzisieren, da das Sk das Mordareal vom 1.10.1941 an gepachtet hatte. Weiterhin: BAL, 203 AR-Z 21/96, Bd.1, 130 Js 1/97 (Z), Einstellungsverfügung der Zentralstelle Köln vom 22.2.1999, Bl. 106. Demzufolge wurden die ersten Vergasungen in Kulmhof am 5.12.1941 vorgenommen. Zur Forcierung des Lagerausbaus in Kulmhof – nicht zuletzt wegen der in Litzmannstadt bis zum 4.11.1941 eingetroffenen Deportationstransporte aus dem Reich mit 19.837 Juden, die zur Überfüllung des Ghettos führten – und zur Bedeutung von Greisers Rolle: BAL, 203 AR-Z 69/59, Sonderheft, unpag., 8 Js 180/61 der StAnw Bonn, Anklageschrift gegen Gustav Laabs u. a. vom 5.7.1962, Bl. 100–111. Siehe auch, allerdings mit einer anderen Gewichtung der beteiligten NS-Organisationen und Personen: Browning, Entfesselung, S. 525f.

lichen hier allerdings zunächst daran gedacht, ihre Opfer nach Rumänien zu deportieren. Erst nachdem der diplomatische Widerstand die Umsetzung dieser Option vereitelte, wurde aus dem Zwangsarbeitslager für Juden und »Zigeuner« ein regionales Vernichtungszentrum.⁵⁸

Mit dem Neubau von Belzec wurde schließlich im November 1941 das erste Lager der sogenannten Aktion Reinhard errichtet. Einen Monat zuvor hatte Himmler die Genehmigung dazu erteilt und die Zentralbauleitung des SS- und Polizeiführers (SSPF) Lublin mit den Vorbereitungen begonnen.⁵⁹ Es oblag dem Himmler direkt unterstellten SSPF Lublin, SS-Brigadeführer Odilo Globocnik, dieses Projekt voranzutreiben, wofür er vertrauenswürdige Männer an sich band, die häufig als »Fachleute« von der »Euthanasie«-Aktion herstammten und nun entsprechend bei der »Endlösung der Judenfrage« ihre Verwendung finden sollten. Als Globocniks Stabschef fungierte SS-Sturmbannführer Hermann Höfle, als Lagerkommandant für Belzec wurde SS-Hauptsturmführer Christian Wirth⁶⁰ eingesetzt, einer jener Spezialisten, die entsprechende »Kenntnisse« bei der »Euthanasie«-Aktion erworben hatten. Wirth, der im Vorfeld seiner neuen Tätigkeit den »Osten« sowie Kulmhof nach dessen Inbetriebnahme besucht hatte, verwarf aufgrund seiner dortigen Eindrücke von vornherein die Gaswagenmethode und setzte stattdessen auf das System des Vernichtungslagers mit fest installierten Gaskammern, in die er aber nicht Zyklon B – wie es in Auschwitz geschehen sollte –, sondern Auspuffgase eines Autoverbrengungsmotors einleiten ließ. Die primitivere Methode war letztlich genauso todbringend; eine Gaskammer konnte zudem einfach durch Abdichtung eines entsprechenden Raumes hergerichtet werden.⁶¹ Egal ob es sich um Kulmhof, Sem-

58 Semlin lag an der Save und bereits auf kroatischem Boden. Zunächst wurden hier die Opfer – zumeist Frauen und Kinder –, welche die bisherigen als »Repressalmaßnahmen« deklarierten Hinrichtungen überlebt hatten, gesammelt. Seit dem Februar 1942 wurde das Lager dann sukzessive »geleert«. Browning, *Fateful Months*, S. 70f. und S. 77–82; Zimmermann, *Rassenutopie und Genozid*, S. 255–257. 24 Ks 1/52 Urteil des LG Köln vom 20.6.1953 gegen Dr. Emmanuel Schäfer, Bl. 13–15. BStU, ZUV 27, Bd. III/III, I. Ks 112/52 Urteil des LG Greifswald vom 3.7.1952 gegen Bruno Sattler, Bl. 100f.

59 Dienstkalender, S. 233f., Eintrag für den 13.10.1941. BAL, 413 AR-Z 82/68, Bd. 5, Vermerk der Zentralen Stelle vom 15.4.1970 zu Errichtung und Ausbau der Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka, Bl. 963–966.

60 Eine Kurzbiografie des »wilden Christian« liegt vor: Rieß, »Christian Wirth«.

61 Arad, Belzec, S. 24f.; Kogon u.a. (Hg.), *Massentötungen durch Giftgas*, S. 154f. 22 Js 68/61 der StAnw München I, Anklageschrift gegen Josef Oberhauser u.a., o.D., Bl. 35–37; Anklageschrift gegen Werner Dubois vom 9.6.1971, Bl. 15–18. Siehe auch Kapitel 1.

lin, Birkenau oder Belzec handelte, all diesen – zunächst für einzelne Regionen bestimmten – Vernichtungszentren war gemein, dass nunmehr die Opfer zu den Tätern gebracht werden mussten; zuvor war es umgekehrt gewesen. Außerdem war man in den Vernichtungslagern bei der »optimalen Verwertung« des Besitzes der Ermordeten wie bei der Leichenbeseitigung schon um einiges »effizienter« als die mobilen SS- und Polizeiverbände im Osten. Seit dem 23. September 1940 war es aufgrund einer Anordnung Himmlers in den Konzentrationslagern und wohl auch in den »Heilanstalten« der »Euthanasie«-Aktion üblich, das Zahngold der ermordeten Häftlinge nach der Tat durch Herausbrechen »sicherzustellen«. ⁶² Und während im Baltikum, in Russland und der Ukraine die Leichen mehr oder minder notdürftig in Massengräbern verscharrt waren, hatte der Inspekteur der Konzentrationslager Mitte Oktober 1941 in einer Grundsatzanweisung – zunächst mit Blick auf die in Gefangenschaft ermordeten und verstorbenen Rotarmisten – angeordnet, die »Leichen von verstorbenen Kriegsgefangenen« ausnahmslos »einzuäschern« und deren Asche »in vorschriftsmäßig beschrifteten Urnen« aufzubewahren. ⁶³ Eine derartige Modifikation gab es für die mobilen Verbände nicht, offensichtlich, weil der logistische Aufwand deren Möglichkeiten überstiegen hätte. Ein solches Unterfangen konnte zunächst nur an festen Tatorten umgesetzt werden, wobei zumindest zeitweise Pläne bestanden, im Aktionsbereich der mobilen, im Osten eingesetzten SS-Verbände ein Gelände bei Mogilew zu bebauen und als regionales Mordzentrum in Betrieb zu nehmen. ⁶⁴

Trotzdem hatte ursprünglich der Ostfeldzug diese Entwicklung, die man zu Recht als »Professionalisierung« des Tötens bezeichnen kann, angestoßen, da er die Erfahrungswerte geliefert hatte, was Massenmord im Konkreten eigentlich bedeutete. Während bei den Morden an der Grube nur Veränderungen hinsichtlich der Schnelligkeit des Tötens und des Ineinandergreifens der Handlungsabläufe sowie des Einsatzes der Gaswagen möglich gewesen waren, fand weiter westlich – in Birkenau, Kulmhof und im Generalgouvernement – ein radikalerer Wandel statt. Durch die Installie-

62 Strzelecki, »Verwertung«, S. 484; Schulz, »Nachwort«, S. 251; Fleming, Hitler, S. 37; Klee, Auschwitz, S. 29f. Klee betont dabei zu Recht, dass Häftlinge mit Goldkronen gefährlicher lebten, da sie allein wegen der Werteerfassung ermordet zu werden drohten. BAL, 402 AR-Z 37/58, SB 63, Aussage Dr. Hermann Pock vom 13.3.1962, Bl. 11860f.

63 BADH, ZB 6307, Hefter 6, Der Reichsführer-SS, Der Inspekteur der Konzentrationslager vom 11.10.1941, Betreff: Russische Kriegsgefangene. Der Befehl wurde von Liebehenschel – dem späteren Kommandeur von Auschwitz – gezeichnet.

64 Gerlach, »Failure of Plans«, S. 65–69; Aly, »Endlösung«, S. 342–344.

rung der Vernichtungslager hatte die Technik des Massenmordes ihre entscheidende Modifikation erhalten, die als Modus Operandi bis zum Kriegsende beibehalten wurde und sich als Schema auch auf die KL im Reich übertragen ließ: Neben das programmatische Primärziel der Ermordung trat als sekundärer Zweck die absolute Wertschöpfung. Die Produktionsabläufe des Mordens erinnern an neuzeitliche Manufakturen, ja, es ist zu Recht schon von Vernichtungsindustrien gesprochen worden,⁶⁵ welche die Arbeitskraft, die Edelmetalle, die Haare der Opfer (für U-Boot-Dichtungen oder Matratzenfüllungen) und sogar deren Asche (als Dünger) in den Dienst einer Gesellschaft im Kriegszustand stellten.⁶⁶

Obwohl die Mordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung im Schriftverkehr der beteiligten Dienststellen als »geheime Reichssache« geführt wurde, also den höchsten Geheimhaltungszusatz trug, blieben weder die Aktionen noch die Dynamik oder das Ausmaß der Verbrechen verborgen. Von den ersten Exekutionen nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion über die Ausweitung des Mordprogramms auf alle männlichen Juden und die Frauen bis hin zur ausnahmslosen Auslöschung ganzer Gemeinden und somit auch aller Kinder seit dem September 1941 blieb kein Schritt des staatlich vollzogenen Massenmordes vollkommen geheim. Es gab immer wieder Zeugen, die zumindest über Teilaspekte der Tötungen informiert waren. Manche wurden ungewollt dienstlich damit konfrontiert, was in den Augen der Täter, die auf »Amtshilfe« hoffen konnten, noch einen gewissen Schutz vor unliebsamen Nachfragen bot. Schwerer war die Schweigsamkeit von Zeugen einzuschätzen, welche die unglaublichen Vorgänge mit eigenen Augen erlebten. Denn selbst wenn eine Mordstätte frühzeitig präpariert worden war und man meinte, die Anwohner rechtzeitig vor der Durchführung des Verbrechens evakuiert zu haben, gab es immer eine undichte Stelle. Dies

65 So der Ansatz, der bereits im Titel des Buches zweier tschechischer Überlebender zu Auschwitz-Birkenau zu finden ist: Kraus/Kulka, Todesfabrik. Bedenkenswert ist auch der Ansatz des Nestors der Soziologie, Lewis Mumford, nicht nur das Lager-system, sondern das ganze NS-Regime – mit all seinen Beeinflussungs- und Eingriffsmöglichkeiten und den von der Führung zwar vorgegebenen, aber vom »Volkskörper« akzeptierten Deutungsmustern – »maschinell« zu verstehen und die Glieder der NS-Gesellschaft als Teile einer mit sich selbst kommunizierenden und interagierenden »Megamaschine« zu deuten. Mumford, Mythos der Maschine, S. 620–625, Zitat S. 621.

66 Kraus/Kulka, Massenmord und Profit, S. 318–327. Eine verbindliche Regelung zur Verwertung des abgeschnittenen Opferhaares sollte im August 1942 an die Kommandanten aller KL ergehen. Siehe: BStU, MfS-AS 139/63, Bd. 2, Bl. 81f., SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt, Amtsgruppe D vom 6.8.1942, Betr.: Verwertung der abgeschnittenen Haare.

konnten Passanten sein, die den Zug der Opfer auf der Straße sahen, Forstbedienstete, die plötzlich Schüsse im Wald und Schreie hörten, Einwohner, die im Wald nach Pilzen suchten, oder Panjewagenfahrer, welche gehbehinderte und geschwächte Juden zur Hinrichtungsstätte fuhren und umgekehrt die Überbleibsel der Ermordeten in die Depots der Polizei zu überstellen hatten.

Man brauchte außerdem kein direkter Augen- oder Ohrenzeuge des Verbrechens gewesen zu sein. Es war vielmehr, eine gewisse Aufmerksamkeit oder – in anderen Fällen – voyeuristische Neugier vorausgesetzt, ein Leichtes, schnell Informationen über das Schicksal der Juden zu erhalten. Die deutschen Verantwortlichen und ihre einheimischen Hilfskräfte brüsteten sich oft ihrer Taten; in privaten Gesprächen wollten sie vor anderen Eindruck schinden, indem sie sich als Herrscher über Leben und Tod darstellten. Doch auch ohne entsprechende Kontakte dürfte es einem gewöhnlichen Beobachter, vor allem in Städten mit einer großen jüdischen Bevölkerung, kaum entgangen sein, dass das Ghetto oder der jüdische Wohnbezirk »leer« waren, dass keine Kolonnen von mit dem Judenstern gekennzeichneten Zwangsarbeitern mehr auf der Straße zu sehen waren, stattdessen aber jüdisches Eigentum für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt wurde und die Stadt über mehr Wohnraum verfügte.

Was sich im Osten abspielte, war der Bevölkerung in den besetzten Gebieten alsbald und nach einer gewissen Zeit einzelnen Volksgenossen im Reich bekannt, wobei sich gerade die im Jargon der Täter als »Großaktionen« bezeichneten Massenhinrichtungen kaum verheimlichen ließen, zumal deren Tarnung nur halbherzig betrieben wurde. Da nutzte es wenig, dass das RSHA bereits Ende August 1941 einen Grundsatzbefehl erlassen hatte, der »auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, nach Möglichkeit bei Massensexekutionen das Ansammeln von Zuschauern, auch wenn es sich um Wehrmachtsoffiziere handelt«, untersagte.⁶⁷ Und auch das allgemeine Verbot des Hauptamtes Ordnungspolizei an die im Osten eingesetzten Bataillone vom September, keine »genaueren Zahlenangaben über Exekutionen« mehr per Funk nach Berlin zu melden, führte – wie wir heute wissen – nicht zum gewünschten Erfolg.⁶⁸ Manchmal unterlief die politische Führung das Informationsverbot sogar selbst, wenn sie die Tötungen zum Beispiel als »gerechte Strafe« am jüdischen Volk in öffentlichen Reden the-

67 Fernschreiben Heinrich Müller vom 30.8.1941 an die Einsatzgruppen A, B, C und D, gedr. in: Einsatzgruppen, S. 349.

68 Vom britischen Nachrichtendienst dechiffrierter Funkspruch des Chefs der Orpo vom 13.9.1941 an die in der besetzten Sowjetunion eingesetzten HSSPF, gedr. in: ebenda, S. 397; Breitman, Staatsgeheimnisse, S. 93.

matisierte. Wurde zum einen viel Wert auf verbale Verschleierung anhand euphemistischer oder irreführender Begrifflichkeiten wie »Sonderbehandlung«, »Aus- bzw. Umsiedlung«, »Evakuierung«, »Säuberung«, »Aktion nach Kriegsbrauch« oder später »Abwanderung« und »Durchschleusung« gelegt,⁶⁹ lieferten zum anderen die Täter selbst mehr oder minder wesentlich Indizien, die, richtig interpretiert, klar belegten, dass systematische Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen im Gange waren, die sich an Brutalität kaum überbieten ließen.

Eine weitere Sicherheitslücke entstand durch den nachlässigen Umgang der Verbündeten mit der Geheimhaltung. Über das von rumänischen Verbänden durchgeführte Massaker an den Juden der Stadt Jassy etwa konnte der amerikanische Gesandte in Bukarest, Franklin Mott Gunther, seinen Chef Cordell Hull unterrichten. Der Vertreter des türkischen Außenministeriums in Bukarest verband seinen – ähnlich empörten – Bericht nach Ankara mit dem erfolglos vorgetragenen Vorschlag an das State Department, die USA möchten dafür Sorge tragen, 300.000 Juden außer Landes zu bringen. Der rumänische Militärdiktator Ion Antonescu sah offenkundig gar keinen Grund zur Verschleierung. Er betonte angesichts des Pogroms von Jassy gegenüber einem spanischen Diplomaten vielmehr völlig ungeniert, dass Rumänien sein »Judenproblem« während des Krieges genau nach diesem Muster zu lösen gedenke. In dieser brutalen Offenheit unterschied Antonescu sich deutlich vom deutschen Diktator.⁷⁰ Zu der Überzeugung, dass Rumänien ebenso systematisch vorging wie Deutschland, kam der Botschafter der Schweiz in Bukarest, René de Weck, der seit dem Sommer 1941 unablässig Informationen über die Massenerschießungen an der Ostfront sammelte, die im Politischen Department von Bern zu umfangreichen Dossiers anschwellen. Im Frühjahr 1942 erhielten die zuständigen Schweizer zusätzlich Bildaufnahmen, die letzte Zweifel zerstreuten.⁷¹

Die Entsprechung zum Pogrom von Jassy stellte für Ungarn das Massaker von Kamenez-Podolsk dar, wo Einheiten des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Russland Süd 23.600 Menschen ermordet hatten, überwiegend aus Ungarn abgeschobene Juden.⁷² Einem Überlebenden des großen Schlachtens gelang die Rückkehr nach Budapest, wo er die Würdenträger der jüdischen Gemeinde informierte, die sogleich bei dem als liberal gel-

69 Hilberg, Quellen, S. 123–133.

70 Morse, Wasser, S. 265 f.

71 Picard, Schweiz, S. 408; Unabhängige Expertenkommission Schweiz, S. 114.

72 Zur Durchführung des Verbrechens und zum deutschen Tatbeitrag ist folgender Beitrag wegweisend: Mallmann, »Sprung«. Zum ungarischen Anteil an diesem Massaker: Braham, »Kamenets Podolsk«.

tenden ungarischen Innenminister Ferenc Keresztes-Fischer vorstellig wurden und das ungeheure Verbrechen anklagten. Was für Hitler-Deutschland sicherlich schwerer wog, war die Tatsache, dass auch die US-Gesandtschaft über das Verbrechen von Kamenez-Podolsk umfassend aufgeklärt wurde, zumal ungarische Offiziere auf Heimaturlaub im Familien- und Freundeskreis eindeutige Angaben darüber machten, welche Verbrechen sie im Osten erlebt und gesehen hatten, wobei die Ermordung Tausender Juden am Dnjestr besonders hervorstach.⁷³ Diese Nachricht war so bedeutend, dass sie als Artikel in der *New York Post* vom 23. Oktober 1941 in den USA weite Verbreitung fand und entsprechende Stimmungen gegen Deutschland geschürt haben dürfte; für das Auswärtige Amt handelte es sich jedenfalls um keine Bagatellangelegenheit mehr.⁷⁴

Es war also mit der Geheimhaltung bei den Rumänen und Ungarn in der »Judenfrage« nicht zum Besten bestellt. Doch hätte die deutsche Seite ihren Verbündeten hinsichtlich deren nachlässigen Umganges mit derart desavouierenden Informationen überhaupt Vorhaltungen machen können? In einem scheinbaren Widerspruch zwischen unbedingter Geheimhaltung und öffentlichem Handeln berichtete zum Beispiel das von SS-Standartenführer Paul Blobel geführte Sonderkommando 4a, dass die Kiewer Stadtbevölkerung die gegen die jüdischen Einwohner gerichtete »Umsiedlungsmaßnahme« begrüßt habe. Was war Ende September 1941 in Kiew geschehen? Die Stadt war am 19. September 1941 erobert worden, aber noch in weiten Teilen ungesichert, als am 24. September ferngezündete Sprengsätze verschiedene von deutschen Truppen belegte Gebäude, darunter den Dienstsitz des Stadtkommandanten, zerstört hatten. Als Verursacher wurden unter anderen jüdische Einwohner der Stadt genannt, und die Wehrmacht hatte radikale Maßnahmen gegen diese Opfergruppe begrüßt, woraufhin das Sk4a – das allerdings schon im Vorfeld einen entsprechenden Einsatzbefehl erhalten hatte – aktiv geworden war.⁷⁵ Das Sonderkommando 4a war eine besonders »erfahrene« Einheit, die, im Schatten der 6. Armee agierend, bereits eine Vielzahl von Massenhinrichtungen während des Ostfeldzuges durchgeführt hatte. Bei der Ermordung der Kiewer Juden hatte es aber aufgrund der Masse der Opfer der Unterstützung durch das dem HSSPF Fried-

73 Laqueur, Was niemand wissen wollte, S. 173 f. Laqueur hebt hervor, dass Kamenez-Podolsk im Ausland nahezu unbeachtet blieb, da man es als tragischen Einzelfall einstufte.

74 Die Überschrift des Artikels in der *New York Post* lautete: »German troops massacre thousands of Jews in the Ukraine... Corpses floating in the Dniester River.« Darstellung und Zitat n.: Browning, Final Solution, S. 84 f.

75 BAB, R 58/217, Ereignismeldung UdSSR Nr. 97 vom 28.9.1941.

rich Jeckeln unterstehende Polizeibataillon 303⁷⁶ und einheimischer Kräfte bedurft.⁷⁷ Insofern waren umfangreichere Planungen und Vorarbeiten nötig gewesen. Nach deren Abschluss hatte man die Opfer in einem ersten Schritt polizeilich erfasst, ihnen die »Umsiedlung« befohlen und sie dann vor aller Augen in Marschkolonnen durch die Stadt zur Schlucht von Babij Jar geführt. Soweit bekannt, gab es keine Exzesse, keine Zurschaustellungen oder öffentliche Demütigungen, die den wahren Charakter der »Umsiedlung« aufgedeckt hätten. Doch an der Hinrichtungsstätte angelangt, mussten sich die Menschen ausziehen und ihre Kleidungsstücke ebenso wie ihre Wertgegenstände abgeben. Dann trieben Wächter sie in das Massengrab. Man folgte dabei dem Rhythmus der Schützen, achtete also darauf, dass die Delinquenten so zeitgenau herangeführt wurden, dass ihre Mörder »optimal arbeiten konnten«. Es sollte weder »Stauungen« noch Pausen geben. Ideal war es nach Ansicht der leitenden SS-Offiziere offenbar, wenn die Tatdurchführung so mechanisch und monoton ablief, dass die Opfer dadurch zugleich entindividualisiert wurden. Unter anderem deswegen mussten diese sich so positionieren, dass sie eng beieinanderlagen und somit auch besser getroffen werden konnten. Auf diese Art, die zynisch als »Sardinenmethode« bezeichnet wurde, hatten die Männer des Sk_{4a} am 29. und 30. September 1941 in der Schlucht von Babij Jar 33.771 Menschen erschossen.

Trotz der Dimension des Massakers glaubten die auf ihre Vorgehensweise vertrauenden Täter, dass die Zivilbevölkerung nichts von den umfangreichen Liquidierungen mitbekommen habe, da ihrer Einschätzung nach über das eigentliche Schießen kaum etwas bekannt geworden war. Doch selbst wenn – im Stab des Sk_{4a} war man sich einig, dass man wegen der Morde »nach den bisherigen Erfahrungen kaum auf Ablehnung« seitens der Einwohnerschaft stoßen würde. Im Gegenzug übergab das Sonderkommando 4a als Zeichen der eigenen Mildtätigkeit Kleidungsstücke der Opfer an sogenannte Volksdeutsche oder Bedürftige, die man auf diese Weise zu korrumpieren versuchte. Außerdem profitierten nicht wenige Ukrainer von den nunmehr leer gewordenen Wohnungen. Der Wohnraummangel wurde damit nach der NS-eigenen Logik auf Kosten der Opfer als Teil einer dem Besatzungsalltag geschuldeten Sozialpolitik behoben.⁷⁸ All dies unterlief

76 Schneider, *Auswärts eingesetzt*, S. 462–472.

77 Berkhoff, *Harvest of Despair*, S. 67–69.

78 BAB, R 58/218, Ereignismeldung UdSSR Nr. 106 vom 7.10.1941, Zitat ebenda. Dagegen beschlagnahmte das Sk_{4a} Opfergold, welches offensichtlich erst im Gräberfeld von Tätern eingezogen worden war, direkt für das Reich und führte es nach Berlin ab. Siehe: BAB, R 2104/33, Bl. 99–99R, Sonderkommando 4a vom 10.10.1941, Aservatenliste.

aber die Täuschungsmaßnahmen. Der Umstand, dass das Verbrechen nicht ohne die massive Unterstützung von Hilfswilligen und Angehörigen der ukrainischen Stadtverwaltung in der gewünschten Weise hätte ausgeführt werden können, tat dabei ein Übriges. Mag dieses Personal offiziell auch zur Verschwiegenheit verpflichtet gewesen sein, so wurde doch gegenüber Verwandten und Freunden manches angedeutet, anderes klar ausgesprochen. Bei dem großen Massaker von Kiew konnte deshalb trotz aller Bemühungen der Täter, den Ablauf des Mordens vor neugierigen Augen zu verbergen und nach Vollendung der Tat den Ort des Verbrechens zu tarnen, indem Heerespioniere die Seitenwände der Schlucht absprengten, die sich als Grabplatten über das Gräberfeld legten, von einer »geheimen Reichs-sache« kaum mehr die Rede sein.⁷⁹ Im Gegenteil, der Massenmord wurde schnell zum Stadtgespräch, wobei hinter vorgehaltener Hand überhöhte Opferzahlen von 72.000 bis 80.000 kursierten.⁸⁰

Sogar im Westen des deutsch besetzten Europas machten spätestens seit Dezember 1941 unter den in Paris stationierten Wehrmachtsoffizieren Gerüchte die Runde, in der ukrainischen Hauptstadt habe sich Unglaubliches ereignet.⁸¹ Es kann daher nicht verwundern, dass auch die gegnerische Seite schnell vom Verbrechen erfuhr – und dieses propagandistisch nutzte. Als stellten die Opferzahlen von Babij Jar nicht ohnehin einen Rekord in der Geschichte des Völkermordes dar, berichteten gut sechs Wochen nach der Tat sowjetische und US-amerikanische Nachrichtenagenturen über das Massaker und schraubten die Zahl der Opfer ebenfalls in die Höhe. Da bereits Anfang Oktober mehrere ausländische Journalisten in Kiew Recherchen durchgeführt hatten, sickerten rasch Informationen durch. Jedenfalls meldete der Moskauer Rundfunk am 17. November 1941, dass man nach Recherchen des *News Chronicle* aus »sicheren Quellen« von der Ermordung von 62.000 Juden – Männern, Frauen und Kindern – in Kiew erfahren habe. Die *Izvestija* korrigierte am 19. November, einer Pressemeldung der TASS vom Vortage folgend, die Zahl der Opfer auf 52.000 nach unten. Der

79 Seitens der historischen Forschung wurde das Massaker von Babij Jar lange Zeit eher vernachlässigt, möglicherweise, weil es aufgrund der Dimension des Verbrechens als fester Topos des Schreckens verwendet werden konnte, der gleichsam für sich selbst sprach bzw. sprechen sollte. Mittlerweile liegen aber einige bemerkenswerte Aufsätze zu den Vorgängen in Kiew vor, auch wenn eine umfangreichere Darstellung zum Thema noch aussteht. Siehe: Rüß, »Wer war verantwortlich«; ders., »Kiew/Babij Jar 1941«; Arnold, »Eroberung«; Wette, »Babij Jar 1941«.

80 Auszug aus dem Brief des Malers Prachov Nikolaj Andrianovic [o.D.], gedr. in: Karner/Schöpfer (Hg.), *Krieg gegen die Sowjetunion*, S. 118–122, hier vor allem S. 120.

81 Herbert, »Militärverwaltung«, S. 204.



Angehörige des Sk 4a durchsuchen die Kleidungsstücke der in Babij Jar ermordeten Juden.



Rotarmisten aus dem Kiewer Kriegsgefangenenlager Kerosinnaja werden Anfang Oktober 1941 gezwungen, das Massengrab von Babij Jar einzuebnen.

eigentliche Tatbestand und -vorwurf blieb aber uneingeschränkt bestehen, sehr zum Ärger des Auswärtigen Amtes und der in der Ukraine eingesetzten Nachrichtendienstoffiziere, die offiziell derartige Nachrichten als »Hetzpropaganda« des Feindes sammelten, auf Fehler hin analysierten und argumentativ zu entkräften versuchten.⁸² Sie wussten indes aus eigener Erfahrung – insbesondere nach ihrer Inszenierung der NKWD-Verbrechen in Lemberg im Juli 1941⁸³ –, dass man mit ein wenig Geschick die Staatsverbrechen der anderen Seite instrumentalisieren konnte, um den Gegner auf der diplomatischen Ebene mit Blick auf die neutralen Staaten bloßzustellen und zu isolieren. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass vor allem die Militärs auf »Ruhe« im Rücken der Front bedacht waren. Das Sk4a mochte davon ausgehen, dass die Exekutionen eher auf Zustimmung bei den ukrainischen Bevölkerungsteilen stießen, aber konnte man sich dessen wie überhaupt der Loyalität der Ukrainer wirklich sicher sein? Wohl kaum.

Im Herbst/Winter 1941 erreichten Nachrichten über andere in der Ukraine durchgeführte Massaker den Westen, so dass sich Ende Oktober sogar die *New York Times* des Themas, wenngleich in bescheidenem Umfang, annahm.⁸⁴ Jüdische Organisationen in Großbritannien erhoben öffentlich Anklage und berichteten in Zeitungen über Pogrome am Dnjestr und Hinrichtungen in Bessarabien, wo laut Angaben des *Jewish Chronicle* vom 7. November 1941 bereits jeder dritte Jude ermordet worden war.⁸⁵ Über diplomatische Kreise in der Schweiz gelangten im selben Monat Schreckensmeldungen aus Galizien an die britische Gesandtschaft, wonach anderthalb Millionen Juden »verschwunden« waren. Obwohl die Zahl deutlich zu hoch angesetzt war, traf die Aussage doch den Kern der Sache.⁸⁶ Dabei kam es der deutschen Seite zugute, dass die großen britischen Mediengesellschaften, allen voran die BBC, vom Ministry of Information angewiesen worden waren, bei der Bloßstellung der nationalsozialistischen

82 PAAA, R 60892, Bl. 32, der Vertreter des AA beim AOK 17 vom 24.11.1941, Feindliche Hetzpropaganda betr. die besetzten und angegliederten Gebiete, Nr. 31/1941; *Izvestija* vom 19.11.1941, Bl. 4, mit dem Artikel zu deutschen Gewaltverbrechen in Kiew. Ich danke Ray Brandon, der mich auf die beiden Quellen aufmerksam gemacht hat. Zu den Vorortrecherchen von Reportern in Kiew: Wette, »Babij Jar 1941«, S. 158.

83 BA-MA, RH 20-17/768, Tätigkeitsberichte Ic/AO vom 15.1. bis 12.12.1941, Einträge vom 30.6. (Zitat), 1. und 2.7.1941, wonach die 17. Armee um die Zulassung in- und ausländischer Presseleute ersuchte, um die Hinrichtungen in den NKWD-Gefängnissen von diesen publizistisch »genügend zu brandmarken« lassen.

84 Wyman, *Das unerwünschte Volk*, S. 23 f.

85 Wasserstein, »Patterns«, S. 32.

86 Gilbert, *Auschwitz und die Alliierten*, S. 17.

Verbrechen den Schwerpunkt nicht auf die Verfolgung der Juden zu legen. Der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, und Gleichgesinnte hielten eine derartige Taktik ohnehin für kontraproduktiv. Sie wollten lieber das Schicksal von Oppositionellen wie Pastor Martin Niemöller hervorkehren, um Unterstellungen der deutschen Gegenpropaganda, man habe es in Wahrheit mit einem Krieg der Juden und den von diesen instrumentalisierten Briten gegen das Reich zu tun, von vornherein zu unterbinden.⁸⁷

Mochten aufgrund der Tiefe des Vormarsches der deutschen Truppen nach Osten im Herbst 1941 derartige Meldungen der »Feindpresse« auch noch nicht die Brisanz späterer Jahre entwickeln, so tat sich hier doch frühzeitig ein Problemfeld auf, welches die deutsche Führung nicht dauerhaft ignorieren konnte. Denn der propagandistische Vorstoß zum Massenmord von Babij Jar war ein klares Indiz dafür, dass die andere Seite auf dem Schlachtfeld der Worte deutlicher die Initiative zu ergreifen versuchte. Dabei ist zu bedenken, dass Kriegsgeschehen und Propaganda nicht losgelöst voneinander zu betrachten sind, sondern einander beeinflussten und bedingten. Es sollte zwar noch einige Monate dauern, bis das deutsche Heer endgültig in die Defensive geriet, doch zuvor verübten deutsche und rumänische Mordeinheiten noch Verbrechen, die mit dem von Kiew durchaus vergleichbar waren. Der Auftakt zur totalen Vernichtung im östlichen Weißrussland fällt ebenfalls in diesen Zeitraum. Hier bildete die Liquidierung des Ghettos von Mogilew am 2. Oktober, die bemerkenswerterweise mit der Wiederaufnahme der deutschen Offensive auf Moskau (»Operation Taifun«) zusammenfiel, den Auftakt zu umfassenden Mordaktionen. Bis zum 23. Oktober wurden in Mogilew etwa 7500 Menschen ermordet. Im gleichen Monat wurden auch die jüdischen Gemeinden von Borissow und Witebsk ausgelöscht, Anfang November existierte die von Bobruisk nicht mehr.⁸⁸ Im Generalkommissariat Weißrussland beziehungsweise dem militärverwalteten Gebiet markierte der Massenmord von Mogilew zudem die Zäsur von räumlich begrenzt durchgeführten Aktionen hin zur flächendeckenden Auslöschung ganzer Gemeinden in bestimmten Regionen, darunter Slonim, Nowogrodek und Neswish. Dieses Vorgehen schloss die Städte wie die »Säuberung des flachen Landes« ein. Obwohl andere Gebiete Weißrusslands von der Totalität des Vorgehens zunächst ausgeklammert wurden

87 Aronson, Hitler, S. 59f.

88 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 589–602. Zum Unternehmen »Taifun«, welches vom 30.9. bis zum 2.10.1941 seine volle Stoßkraft entwickelte, und zum letzten Versuch, Moskau noch im Jahr 1941 zu erobern: Reinhardt, Wende vor Moskau, S. 49–70; Belymowski, Zähmung des Taifuns, S. 101–118.

und das Vernichtungszentrum Maly Trostinez seinen Betrieb noch nicht aufgenommen hatte, war doch deutlich ersichtlich, dass hier die totale Ausrottung der jüdischen Bevölkerung angestrebt wurde. Zwar erreichten die einzelnen Massaker nicht die enorme Opferzahl von Kiew, aber es handelte sich doch immer um Tausende, die bei diesen »Judenaktionen« erschossen wurden. Denn aufgrund des Arbeitskräftemangels verschonte man – zunächst – nur dringend benötigte Handwerker und deren Familienangehörige. Auch im Süden beschleunigte sich die Mordpolitik, als wären seit Jeckelns Vorgehensweise in Kiew alle Dämme gebrochen. Das galt beispielsweise für Dnjepropetrowsk, wo zu Beginn der deutschen Besatzung noch etwa 35.000 Juden lebten. Als die Maßnahmen zur Erfassung begannen, entzogen sich etwa 15.000 Menschen dem Zugriff. Womöglich waren ihnen Gerüchte über die schrecklichen Vorgänge in Kiew zugetragen worden. 15.000 Juden aber trieben das Polizeibataillon 314 und ukrainische Hilfspolizisten am 12. Oktober im Kaufhaus Lux zusammen. Einen Tag später verschleppten sie ihre Gefangenen in Kolonnen zu 800 bis 1000 Personen zu einer außerhalb der Stadt bei der Siedlung Werchnij gelegenen Schlucht und ermordeten innerhalb von zwei Tagen alle dorthin verbrachten Menschen. Nach der Vollendung der Tat wurden die Seitenwände der Schlucht abgesprengt, um so das Massengrab zu tarnen – eine offenkundige Übernahme der Vorgehensweise in Babij Jar. Zurück blieben 5000 Juden, die man für Zwangsarbeitsmaßnahmen benötigte und deshalb vorläufig am Leben ließ.⁸⁹ Ähnlich verlief die Entwicklung in Odessa, wo Ende Oktober 1941 mehrere Massenhinrichtungen durchgeführt wurden. Hinsichtlich ihrer Vorgeschichte – die Juden mussten, kollektiv als Attentäter stigmatisiert, für einen Bombenanschlag »büßen«, dem am 22. Oktober der Stab der 10. rumänischen Division, das Personal der rumänischen Stadtkommandantur sowie einige deutsche Offiziere zum Opfer gefallen waren – und der brutalen Reaktion der Besatzer könnte diese ebenfalls als Variante der Kiewer Vorgehensweise betrachtet werden. Als Vergeltung des Bombenattentats hielten Staatsführer Ion Antonescu und die rumänische Führung jedenfalls eine umfassende »Strafaktion« für gerechtfertigt, bei der in Odessa selbst 18.000 Menschen und in der fünf Kilometer westlich vorgelagerten Ortschaft Dalnik nochmals etwa 16.000 Juden hingerichtet wurden.⁹⁰ Das bedrückende Schicksal der Juden Odessas fügt sich in die Vernichtung wei-

89 BAL, 114 AR-Z 67/67, [Ausarbeitung] NS-Verbrechen im ehemaligen Gebietskommissariat Dnjepropetrowsk, Bd. I, Bl. 33f. und S. 39f. Pohl, »Schauplatz Ukraine«, S. 148f.

90 Ancel, Transnistria, Bd. 1, S. 185–203; Stoenescu, Armata, S. 347–406; Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 297–302; Dallin, Odessa, S. 207f.

terer Gemeinden im deutschen Besatzungsgebiet, wo im Herbst 1941 kein Jude, ob im Baltikum, in Russland oder der Ukraine, wusste, wann seine Stadt oder Ortschaft der flächendeckenden Zerstörungswalze zum Opfer fallen würde. Bei den unzählig verübten Verbrechen sind es vor allem die großen Massaker, die besonders im Gedächtnis haften bleiben, da sie immer neue Höchststände des Grauens markieren. Daneben erscheint es so, als hätten die Mordeinheiten im blutigen Wettstreit miteinander gelegen, welche von ihnen die ausgegebenen Vernichtungsbefehle am konsequentesten umzusetzen vermochte.⁹¹

Die als das litauische Jerusalem bekannte Stadt Wilna erlebte im Zeitraum vom 4. Oktober bis zum 25. November ein Schreckensregime ohnegleichen. Bei der Selektion der als »unproduktive Kräfte« erachteten Juden im Ghetto der Stadt wurden in diesen Wochen 12.388 Menschen in Paneriai (Ponary) erschossen.⁹² Die berüchtigtste Mordstätte in ganz Litauen war jedoch das Fort IX bei Kaunas. Ende Oktober 1941 ermordeten dort das Ek 3 beziehungsweise dessen litauische Hilfskräfte einen Großteil der Ghettobewohner von Kaunas, darunter viele als »überflüssig« angesehene Kinder. Der Ablauf der Entwürdigung und Ermordung lief immer nach demselben Schema ab. Zunächst trieb man die Menschen im Laufschrift auf den Hof des Forts und schlug dabei auf sie ein. Dann mussten sie sich in bereits ausgeworfene Gräben legen, häufig auf die Körper gerade zuvor erschossener Leidensgefährten. Nach Vollendung der Tat deckten die Schützen beziehungsweise Wächter die Gräben notdürftig mit einer Schicht aus Erde und Kalk ab, wie sie es auch bei früheren Hinrichtungen im Fort VII praktiziert hatten. Im Fort IX achtete man allerdings prinzipiell darauf, dass die Gruben nach einem vorgegebenen System angelegt waren. Sie wurden von Gefangenen nicht nur für eine Aktion ausgehoben, sondern fortlaufend. Das heißt, man begann mit der Verscharrung der Leichen bei der nächsten Hinrichtung an der Stelle, wo bei der letzten Mordaktion aufgehört worden war.⁹³

Das Oktober-Massaker steht ursächlich mit der Deportation deutscher Juden nach Osten in Zusammenhang. Fünf Transporte (aus Berlin, Mün-

91 Zur Radikalisierung des Mordprozesses, zu den Impulsen von oben sowie zur Bedeutung der Menschenführung: Mallmann, »Türöffner der ›Endlösung‹« S. 445–462.

92 Eckert, »Mordstätte Paneriai«.

93 Stang, Kollaboration und Massenmord, S. 100–104; Tory, *Surviving the Holocaust*, S. 43–60. BAL, 5 AR-Z 14/58, Bd. 1, Aussage Heinrich Hippler am 11.11.1958, Bl. 127f.; Bd. 5, Aussage Solomon Perkul vom 3.7.1959, Bl. 2013–2015; Bd. 11, Aussage Wilhelm Kwauka vom 2.11.1959, Bl. 4569–4579; Bd. 13, Aussage Heinrich Schmitz vom 15.1.1960, Bl. 5658f. Dieckmann, »Ghetto«, S. 447f.

chen, Frankfurt am Main, Wien und Breslau) mit 4996 Personen waren nach Kaunas geleitet worden, wo die Deportierten jedoch im Unterschied zu anderen Transporten nach Riga, Litzmannstadt oder Minsk nicht die Häuser und Wohnungen der ermordeten Juden im Ghetto einnahmen, da die Verantwortlichen vor Ort sich kurzfristig dagegen entschieden. Stattdessen sollte keiner der Verschleppten überleben.⁹⁴ Sie alle wurden, egal welchen Alters und Geschlechts, Ende November 1941 im Fort IX getötet. Der Chef des Einsatzkommandos 3, SS-Standartenführer Karl Jäger, bilanzierte in seinem berüchtigten »Leistungsbericht« vom 1. Dezember 1941, seine Einheit habe bis zu diesem Stichtag in Litauen 137.346 Menschen liquidiert. Einzig die »Arbeitsjuden« und deren Familien waren zu seinem Bedauern von den Maßnahmen verschont geblieben.⁹⁵

Im November 1941 geriet auch das große Minsker Ghetto in das Blickfeld der Täter. Um Platz für die zu deportierenden Juden aus dem Reich zu schaffen, ließen Angehörige des KdS Minsk und lettische Hilfskräfte (unterstützt von Angehörigen des SSPF, der Schutzpolizei und der Gendarmerie) Teile des Ghettos »freimachen«; Sipo- und Polizeieinheiten erschossen in der Zeit vom 7. November bis 11. Dezember mehr als 13.600 Menschen.⁹⁶ Im Süden des besetzten Gebietes, wohin keine Deportationstransporte aus dem Reich gelangten, gab es andere vorgeschobene »Sachzwänge«, um den Massenmord zu beschleunigen. Auf Drängen der Militärs wurde die »Judenfrage« in Simferopol, der Hauptstadt der Krim, noch Mitte Dezember 1941 angegangen – man wollte in der von Hunger geplagten Stadt ein »ruhiges« Weihnachtsfest verbringen. Von den ursprünglich 20.000 in der Stadt lebenden Juden wurde gut die Hälfte erfasst und zusammen mit den Krimtschaken und »Zigeunern«, sofern sich die zur Ermordung Vorgesehenen nicht durch rechtzeitige Flucht entziehen konnten, außerhalb von Simferopol in präparierten Panzergräben hingerichtet. Die Täter machten überdies reiche Beute: Sie brauchten 14 Tage, um die Kleidungsstücke und den Besitz der Getöteten zu registrieren, zu sortieren und wertvollere Schmuckstücke nach Berlin zu versenden.⁹⁷

Damit ist ein Aspekt der Vernichtungspolitik angesprochen, der zunächst nachrangig erscheinen mag. Neben der Ermordung der Menschen und der Auslöschung von Zeugnissen der jüdischen Kultur – etwa durch zielgerichtete Zerstörung der Synagogen – ging es den Tätern um den Be-

94 Buch der Erinnerung, Bd. 1, S. 83–87.

95 Der sog. Jägerbericht, faksimiliert in: Artzt, Mörder in Uniform, S. 185–193.

96 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 624f.

97 Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 325f. und S. 338–345; Kunz, Krim, S. 195–197; Oldenburg, Ideologie, S. 167f.

sitz der Getöteten, das »Opfergold«, welches zu einer festen Größe im Etat der Reichsbank werden sollte. Dieses Gold wie auch Devisen und Wertsachen waren auf dem verwaltungsmäßigen Wege möglichst zu anonymisieren und in Reichsbesitz zu überführen. Einiges deutet darauf hin, dass die Mordkommandos nach einer gewissen Einarbeitungszeit auch die Erfassung dieses Goldes, das heißt hauptsächlich am oder im Körper versteckter Schmuckstücke, systematisierten. Es versteht sich von selbst, dass dieser Aspekt der Endlösung mit der Fortdauer des Krieges an Bedeutung gewann, da das Reich jeglicher Mittel bedurfte, um im Weltkrieg bestehen zu können.⁹⁸

Neben den bereits beschriebenen großen Massakern der Jahreswende 1941/42 stechen zwei weitere besonders hervor: zum einen die Liquidierung des Rigaer Ghettos, weil hier der verantwortliche Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln die Erfahrungen von Babij Jar hinsichtlich des technischen Ablaufs einer »Ghettoräumung« zu vervollkommen gedachte, und zum anderen das von Charkow, da sich dort eben die Grenzen dieser von Jeckeln konzipierten Vorgehensweise zeigten. Zunächst gilt es daher, die Ereignisse zu schildern, die sich in der lettischen Hauptstadt zutragen, und dann den Blick auf Charkow zu richten.

Nachdem der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln, der Mann, der neben Paul Blobel vom Sk 4a der eigentliche Initiator des Massakers von Babij Jar gewesen war, seinen Dienstsitz von Kiew ins Ostland verlegt hatte, sah er die Ermordung der Rigaer Juden als seine vordringlichste politische Aufgabe an. Jeckeln scheint jedoch das ausgeklügelte System von Kiew als verbesserungswürdig betrachtet und deshalb eine Möglichkeit ersehen zu haben, das große Morden noch effizienter durchführen zu lassen. Das bezog sich weniger auf den eigentlichen Ablauf der Hinrichtungen als vielmehr auf die Wahl des Tatortes und dessen Herrichtung. Für die Liquidierung des Rigaer Ghettos suchte Jeckeln daher persönlich den Wald von Rumbula als Hinrichtungsstätte aus. Einer der Gründe dürfte gewesen sein, dass der Wald von Bikernieki, der bisher für Massenexekutionen genutzt worden war, bei der lettischen Bevölkerung schon längst Assoziationen des Grauens auslöste und aus Geheimhaltungsgründen nicht mehr infrage kam. Doch auch der Wald von Rumbula – rund zehn Kilometer südlich von Riga in Richtung Dünaburg gelegen – erfüllte für Jeckelns Zwecke alle Voraussetzungen. Der Boden war sandig und leicht hügelig, was das Graben

98 Bähr, Goldhandel, S. 17–28; Steinberg, Deutsche Bank, S. 15–30; Dean, »Jewish Property«. Zur Scheidung und Umschmelzung des Goldes, welches »physisch« dann nicht mehr mit dem Opfergold identisch gewesen sei und deshalb ebenfalls »nicht mehr Individuen als Eigentum zugeordnet« werden konnte: Schwanitz, Gold, S. 114.

erleichterte und zugleich einen gewissen Sichtschutz bot, die Bäume waren locker genug gruppiert, dass sich Gruben vergleichsweise problemlos ausheben ließen. Anders als in Kiew war ein Spezialist vom Stab des HSSPF abgeordnet worden, der die Erschießungsgruben, die bis zu 28.000 Leichen fassen sollten, »optimal« vorzubereiten hatte. Es handelte sich um den Baudezernenten Ernst Hemicker, der als Erstes den Rauminhalt der projektierten Leichenzahl berechnete, um entsprechend die Tiefe und Anzahl der Gruben zu bestimmen. Danach ließ Hemicker die Gruben in Rumbula von sowjetischen Kriegsgefangenen lotgerecht anlegen; ein weiterer Unterschied zu Kiew, wo man die natürlichen Einbuchtungen der Schlucht genutzt hatte. Es war geplant, die Opfer in der Grube selbst, wo sich die Menschen auf den Boden legen sollten, zu erschießen, sie also nicht vom Grubenrand aus hinabstürzen zu lassen. Darin folgte man der Vorgehensweise von Kiew. Als die Gruben eine Tiefe von drei Metern hatten, kamen Hemicker aber Zweifel, ob diese Mordtechnik überhaupt so angewendet werden konnte, denn wie sollten normalgewachsene Menschen den Höhenunterschied zügig überwinden, damit es an der Exekutionsstelle nicht zu Stockungen kam? Hemicker ließ daher an verschiedenen Stellen abfallende Zugänge zu den Gruben bauen, auf denen die Menschen wie auf einer Rampe zu ihrem Bestimmungsort laufen konnten. So würden sich die Gruben vollkommen mit Leichen füllen, ohne dass Raum »ungenützt« bliebe.⁹⁹ Rekonstruiert man die Planungen, die der Vernichtung der Rigaer Juden vorangingen, dann scheint Jeckeln im Wald von Rumbula den »perfekten« Massenmord, gespeist aus der Summe seiner Erfahrungen, begangen haben zu wollen. Alles war von ihm, dem Mann, der bereits die großen Massaker von Kamenez-Podolsk, Berditschew¹⁰⁰ und eben Babij Jar organisiert hatte, bedacht und in einem »Einsatzplan« festgehalten worden. Minutiöser als bei der Vernichtung des Rigaer Ghettos dürfte er zuvor nie agiert haben.

99 147 Js 5/71 (141 Js 534/60) der StAnw Hamburg, Anklageschrift gegen Heinrich Oberwinder u.a. vom 21.12.1971, Bl. 130f.; Bd. 41, Aussage Herbert Degenhardt vom 11.11.1963, Bl. 6746; Bd. 59, Aussage Ernst Hemicker vom 25.7.1965, Bl. 9507–9509; Bd. 79, Aussage Ernst Hemicker vom 9.7.1968, Bl. 12530f.; Bd. 80, Aussage Ernst Hemicker vom 11.3.1969, Bl. 12720f. (50) Ks 9/72 Urteil des SchwG Hamburg gegen Jahnke u.a. vom 23. Februar 1973, Bl. 57f.

100 Im dortigen Ghetto waren etwa 20.000 Menschen konzentriert worden. Am 4.9. wurden 4144 von ihnen sowie am 14. und 15.9. etwa 12.000 ermordet. Am Leben blieb nur, wen Jeckeln noch als Arbeiter benötigte. Siehe: Lower, Nazi Empire-Building, S. 76f. und S. 88; Pohl, »Schauplatz Ukraine«, S. 146.

Am 30. November 1941 begann die Aktion mit der Räumung der westlichen Teile des Ghettos und der Verschleppung der Bewohner zu den in Rumbula angelegten Gruben. Am Abend sollten dort etwa 14.000 Leichen verscharrt liegen. Unter ihnen befanden sich auch die Deportierten des zweiten Berliner Transportes, der an diesem Tag am Rigaer Bahnhof Skiro-tawa angekommen war und von Jeckeln aus eigenem Antrieb in die Aktion einbezogen wurde. Jeckeln sollte wegen seines eigenmächtigen Vorgehens einen handfesten Krach mit Himmler bekommen. Doch damit nicht genug. Denn das große Morden blieb keineswegs unbemerkt. Noch in der Nacht berichteten der sowjetische und der britische Rundfunk, die jetzt viel früher als in Kiew über entscheidende Daten verfügten, über das Massaker in den Wäldern von Rumbula. Es konnte also keine Rede davon sein, dass die von Jeckeln angeordneten Verschleierungsmaßnahmen gegriffen hätten. Die Aktion wurde zunächst abgebrochen, allerdings eher wegen der schlechten Wetterbedingungen als wegen der Enttarnung des Staatsgeheimnisses. Verschiedene der am Massaker beteiligten Polizisten wunderten sich aber, wie die Gegenseite überhaupt so schnell vom Verbrechen erfahren hatte. Hierbei mischte sich in das Staunen verstärkt die Sorge, dass bei einem ungünstigen Kriegsverlauf einzelne Täter beziehungsweise die an den Exekutionen beteiligten Einheiten von der Siegerseite identifiziert und später zur Verantwortung gezogen werden könnten.¹⁰¹ Für die Initiatoren des Mordprogramms waren solche Selbstschutzüberlegungen der unteren und mittleren Hierarchieebene natürlich ohne Bedeutung. Obgleich Himmler sich für die seelische Betreuung seiner Leute (insbesondere der Schützen) ebenso einsetzte wie er deren Verschwiegenheit einforderte,¹⁰² zog er das weitere Vorgehen in der »Judenfrage« nicht grundlegend in Zweifel. Für die zunächst verschont gebliebenen Insassen des Rigaer Ghettos hatte dies die fürchter-

101 147 Js 5/71 (141 Js 534/60) der StAnw Hamburg, Anklageschrift gegen Heinrich Oberwinder u. a. vom 21.12.1971, Bl. 83 f.; Bd. 75, Aussage Friedrich Wilhelm Jahnke vom 28.3.1968, Bl. 11915; Bd. 77, Aussage Wilhelm Mozer vom 15.5.1963, Bl. 12218. (50) Ks 9/72 Urteil des SchwG Hamburg gegen Jahnke u. a. vom 23.2.1973, Bl. 77f.

102 Himmler hatte in einem Grundsatzbefehl den Kommandeuren von Exekutionseinheiten aufgetragen, sich persönlich um ihre Männer zu kümmern. Insbesondere sei darauf zu achten, dass keiner »jemals verroht oder an Gemüt und Charakter Schaden erleidet«. Umgekehrt durfte aber auch nicht über die Ermordeten gesprochen werden, weil dies kein geeigneter »Gesprächs- oder Unterhaltungsstoff« für ein kameradschaftliches Beisammensein sei. LVVA, P 83-1-80, unpag., Der Reichsführer-SS, Tgb.Nr. AB/509/70, RF/V vom 12.12.1941, SS-Befehl. Dieser ging an alle HSSPF, SSPF, die SS-Oberabschnitte Ostland, Ukraine, Weichsel, Warthe, Südost, Alpenland sowie die Gebiete der HSSPF Russland, Nord, Mitte und Süd. Siehe auch: Wilhelm, »Verfolgung«, S. 63f.

liche Konsequenz, dass das Morden in Rumbula am 8. Dezember 1941 wieder aufgenommen wurde. Bis auf einige hundert Facharbeiter und deren Familien wurden alle übrigen noch im Ghetto befindlichen Rigaer Juden erschossen. Insgesamt fielen den beiden Mordwellen circa 27.000 Menschen zum Opfer. Die Zahl wurde nicht allgemein bekannt, das Verbrechen selbst aber ließ sich vor der Weltöffentlichkeit nicht geheim halten. Und auch in Riga gab es wohl kaum jemanden, der nicht zumindest etwas von den hinter vorgehaltener Hand als »Rigaer Blutsonntag« bezeichneten Tötungen erfahren hatte, wobei einige vom Verbrechen zu profitieren hofften.¹⁰³

Durch die Deportationen der deutschen Juden standen die »Ostjuden« mit ihrem bitteren Schicksal nicht mehr allein. Dies hatte auch Rückwirkungen auf die Nachrichtenlage im Reich. Funktionäre der Wiener Kultusgemeinde kannte schon im September 1941 relativ genaue Berichte über die Morde in Galizien und Russland.¹⁰⁴ Und hinsichtlich des Massakers von Dnjepropetrowsk hatten sich – wie schon bei Kamenez-Podolsk – ungarische Offiziere, die, vom Fronteinsatz zurückkehrten, ihren Familien und Freunden gegenüber als nicht verschwiegen genug erwiesen.¹⁰⁵ Es blieb daher bei der Vielzahl der Schreckenszeugnisse aus dem »Osten« nicht aus, dass verstörende Nachrichten über das Schicksal der verschleppten deutschen Juden bald die in der Heimat Verbliebenen erreichten, auch wenn diese die Katastrophe meist nur erahnten. Doch die Informationen wurden immer konkreter; Fronturlauber »plauderten«, offen abgefasste Feldpostbriefe entgingen der Zensur.¹⁰⁶ So notierte Victor Klemperer, der hier als Prominenter stellvertretend für andere Informierte steht, am 13. Januar 1942: »Paul Kreidel erzählt – Gerücht, aber von verschiedenen Seiten sehr glaubhaft mitgeteilt – es seien evakuierte Juden *erschossen* worden.«¹⁰⁷ In Frankfurt munkelte man sogar, dass man bei Minsk deutsche Juden in Eisenbahntunneln vergast habe.¹⁰⁸ Die in Berlin residierende ständige Kommission des Internationalen Roten Kreuzes verfolgte im November 1941

103 LVVA, P 70-5-44, Bl. 29f., Der SSPF Lettland, Bericht vom 23.12.1941. Danach waren die Hinrichtungen im Rigaer Ghetto stadtbekannt und wurden mit »Genugtuung« von der Bevölkerung aufgenommen, die auf ein »Freiwerden« zusätzlichen Wohnraums hoffte.

104 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 280.

105 Laqueur, Was niemand wissen wollte, S. 174.

106 Kosmala, »Zwischen Ahnen und Wissen«, S. 136f., S. 142–146 und S. 151; Müller, Deutsche Soldaten, S. 223f.

107 Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, S. 9, Hervorhebung im Original.

108 Dieses – unzutreffende – Gerücht bezieht sich auf Transporte, die am 11. bzw. 21.11.1941 Frankfurt nach Minsk bzw. Kaunas verlassen hatten. Kingreen, »Wir werden darüber hinweg kommen«, S. 94–98.

die in der Reichshauptstadt betriebene »systematische Aussiedlung aller Juden« nach Osten und ins Ghetto von Litzmannstadt genau. Das Generalsekretariat des ökumenischen Kirchenrats hatte sich in dieser Angelegenheit, verbunden mit der Bitte um humanitäre Unterstützung für die Notleidenden, bereits Ende Oktober 1941 an das Internationale Komitee des IRK – namentlich an Dr. Max Huber und Dr. Carl Jacob Burckhardt – gewandt. Die Meldung war eindeutig formuliert worden. Wenngleich der systematische Massenmord vom Generalsekretariat nicht erkannt worden war, befürchtete es trotzdem das Schlimmste, da ihm das Schicksal der Deportierten »unbekannt« war und es als »sicher sehr schwer« eingeschätzt wurde.¹⁰⁹ Auch das Jüdische Komitee in der neutralen Schweiz war bis zum Jahresende 1941 über das Ausmaß der Deportationen und das Schicksal der deutschen Juden im Osten erstaunlich gut informiert.¹¹⁰

Der Vatikan wusste ebenfalls in etwa, welche Verbrechen begangen wurden. Sein Kenntnisstand beruhte vor allem auf den Berichten verschiedener Fronturlauber – slowakischen Militärpriestern, deutschen Offizieren –, die ihr Wissen und Erleben konsterniert an kirchliche Würdenträger, etwa den Bischof Wilhelm Berning von Osnabrück oder an Kardinal Michael von Faulhaber in München, weitergegeben hatten, die wiederum diese beunruhigenden Neuigkeiten an den Heiligen Stuhl weiterleiteten.¹¹¹ Den Gesamteindruck verstärkten die von Dr. Joseph Müller, einem hochrangigen Angehörigen der Abwehr, an Faulhaber gelieferten Berichte. Müller stellte darin frühzeitig die Planmäßigkeit des deutschen Vorgehens gegen die jüdische Bevölkerung fest.¹¹² Der deutsche Würdenträger ahnte wohl die Dimension der Verbrechen in der »Judenfrage«, bei »der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen«, die »Greuel der SS in Rußland usw.«, konnte sich aber nicht entschließen, diese Untaten in einem Hirtenbrief öffentlich anprangern zu lassen. Nicht Willfährigkeit gegenüber dem Regime, auf welches er im Stillen einwirken zu können hoffte, war dafür ausschlaggebend, sondern die Sorge, dass solche Dinge »unbeschadet des Ansehens von Volk und Regierung nicht behandelt werden können«.¹¹³ Der Druck sollte dem-

109 Favez, *Das Internationale Rote Kreuz*, S. 127–132, Zitate S. 128 und S. 131 (aus dort im Text wiedergegebenen Dokumenten).

110 Riegner, »Switzerland«, S. 80.

111 Zuccotti, *Under His Very Windows*, S. 97f.; Brown-Fleming, *Holocaust and Catholic Conscience*, S. 69.

112 Lewy, *Catholic Church*, S. 288.

113 Stellungnahme Kardinal Michael Faulhabers beim Ausschuss für Ordensangelegenheiten o.D., wahrscheinlich am 25.11.1941, gedr. in: *Akten Kardinal Michael von Faulhabers*, Bd. II, S. 850–853, Zitate S. 853.

nach von einer selbst in prekärer Lage befindlichen Kirche durch Denkschriften und Petitionen aufgebaut werden, ohne das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu kompromittieren, um keinen Vorwand für spätere Racheaktionen zu liefern.

Die polnische Untergrundbewegung verfügte Ende 1941 über eine Unmenge von ausführlichen Meldungen über die Vernichtungsmaßnahmen, auch jene außerhalb des Generalgouvernements. So waren für die polnische Heimatarmee *Armia Krajowa* (AK), die sozialistische Gruppe der *Barykada Wolności* oder verschiedene Widerstandsorganisationen aus dem Warschauer Ghetto die in Kaunas, Bialystok, Stanislaw, Pinsk, Shitomir¹¹⁴ und anderswo begangenen Verbrechen kein Geheimnis mehr. Auch von Babij Jar hatte man im Warschauer Untergrund längst Kenntnis, konnte die Zuverlässigkeit der Meldung – es wurde von 70.000 ermordeten Juden gesprochen – nicht überprüfen. Gleiches gilt für die Ereignisse in Paneriai bei Wilna; jedoch erschien, was über diesen Ort erzählt wurde, so grauenhaft, dass man den Schilderungen Überlebender zunächst keinen Glauben schenkte, sondern sie als Panikmache oder Schauergeschichten abtat. Erst nachdem unabhängig voneinander zwei insgeheim aus Wilna nach Warschau zurückgekehrte Beobachter – der Pole Henryk Grabowski und Arie »Jurek« Wildner – das Ungeheuerliche im Oktober 1941 bestätigten, wurde die Tatsache, dass in Paneriai systematisch und im großen Stil Menschen ermordet wurden, akzeptiert und als Meldung in der Untergrundpresse verbreitet.¹¹⁵

Ungeklärt ist schließlich, ob die breite Bevölkerung im Reich, also die von den antijüdischen Maßnahmen nicht Betroffenen, in ihrem Alltagsleben

114 Auf die Ereignisse in Kaunas ist bereits eingegangen worden. Hinsichtlich Bialystok dürften Nachrichten über die Massenhinrichtung von Anfang Juli 1941 mit bis zu 4000 Opfern Warschau erreicht haben. Siehe: Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 543f. Zu den Vorgängen in Stanislaw: 5 Ks 4/65 – AK 3/65 Schwur, Urteil des LG Münster gegen Krüger u. a. vom 3. und 6.5.1968, Bl. 195–243. Danach hatten in Stanislaw am sogenannten Blutsonntag des 12.10.1941 Einheiten des SSPF Galizien und lokale Kräfte während des jüdischen Laubhüttenfestes 12.000 Juden getötet. Vermutlich war dieses Massaker gemeint, wenn man im Warschauer Untergrund über die Verbrechen in Stanislaw sprach. In Pinsk waren Anfang August vom 2. SS-Kavallerieregiment etwa 9000 Juden ermordet worden. Siehe: Cüppers, *Wegbereiter der Shoah*, S. 154–161. In Shitomir hatte das Sk4a am 10. September 1941 mit 3145 Menschen den überwiegenden Teil der in der Stadt verbliebenen Juden erschossen. Siehe: Lower, *Nazi Empire-Building*, S. 73f.

115 Laqueur, *Was niemand wissen wollte*, S. 138f. und S. 156f.; Sakowska, *Etappe*, S. 36–38; dies., *Menschen im Ghetto*, S. 213f.; Gutman/Krakowski, *Unequal Victims*, S. 66; Bartoszewski, *Warschauer Ghetto*, S. 23.

ebenfalls Neuigkeiten aus dem »Osten« erhielt und welche Reaktionen diese hervorriefen. Die Tatsache, dass deutsche Juden vom September 1941 an einen Judenstern auf ihrer Kleidung tragen mussten¹¹⁶ – eine Reminiscenz an den gelben Fleck im Mittelalter, der häufig dem Autodafé vorausging –, ließ sich jedenfalls nicht übersehen, und die versteckte Botschaft hinter diesem Symbol der Ausgrenzung dürfte leicht zu entschlüsseln gewesen sein. Glaubt man zudem den »Meldungen aus dem Reich« – und es gibt hier keinen Grund, dies nicht zu tun, da man diese doch in erster Linie zur internen Informierung der Entscheidungsträger verwendete und nicht zu Propagandazwecken nutzte –, folgte das Gros der »Volksgenossen« nicht nur ihrer Führung, sondern sollte sogar die Forderung nach einer »endgültigen Bereinigung der Judenfrage« erheben, womit konkret die baldige »Abschiebung aller Juden aus Deutschland« gemeint war.¹¹⁷ Die im Herbst 1941 – trotz gewisser Vorsichtsmaßnahmen der Verwaltung – vor aller Augen einsetzenden Deportationen wurden denn auch zumindest von jenen, die sich am Hab und Gut der Verschleppten zu bereichern gedachten, ausdrücklich begrüßt.¹¹⁸

Im Gegensatz zu Riga oder Minsk wurde Charkow, die zweitgrößte Stadt der Ukraine, nie ein Deportationsziel für Juden aus dem Reich. Die Metropole lag zu weit im Osten und war kriegsbedingt an die Nachschubwege nur schlecht angebunden, was im Winter 1941 zu einer katastrophalen Lebensmittel- und Versorgungssituation führte. Wenn es also hier für die Dienststellen von SS und Polizei auch keinen »Anlaß« gab, für ankommende Transporte aus dem Reich das Ghetto »leerzuschießen«, verschaffte ihnen der in der Stadt herrschende Hunger – den Gesetzen der NS-Logik folgend – die Legitimation, trotz unmittelbarer Frontnähe die jüdische Einwohnerschaft in einer Großaktion auszulöschen. Von der Aufteilung des Operationsgebietes her fiel Charkow unter die polizeilichen Zuständigkeiten des HSSPF Russland Süd wie des Sk4a. Jeckeln, als HSSPF einer der Hauptverantwortlichen des bisher in der Ukraine betriebenen Völkermordes, wütete zu dieser Zeit bereits in Lettland, aber der Chef des Sk4a, Paul Blobel, befand sich vor Ort, bereit, die bisher betriebene Ausrottungspolitik in Charkow konsequent weiterzuverfolgen. Mit Unterstützung des Polizeibataillons 314 ging das Sk4a dabei nach einem klar ausgearbeiteten Plan gemäß dem »Kiewer Muster« vor und räumte Mitte Dezember 1941 zu-

116 Walk (Hg.), Sonderrecht, S. 349f.

117 Meldungen aus dem Reich, Bd. 7, S. 3233–3248, Zitate S. 3245 und S. 3248. Siehe auch: Gellately, Hingeschaut und Weggesehen, S. 188f.

118 Dies ist beeindruckend untersucht worden von: Bajohr, Parvenüs und Profiteure, insb. S. 132–136. Weiterhin: Mönninghoff, Enteignung, S. 216f.

nächst der Erfassung und Konzentrierung der Opfer im Ghetto – einem Barackenkomplex auf dem Gelände des Charkower Traktorenwerkes – Priorität ein.¹¹⁹ In dieser Phase »erprobte« das Sonderkommando auch das in Charkow eingetroffene alternative Mordwerkzeug, den Gaswagen. Zwanzig Menschen wurden damit getötet, doch anscheinend entsprach die neue Methode nicht den Vorstellungen der Kommandoführung von Effizienz – was vor allem daran lag, dass die Leichen mit Kot und Urin verschmutzt waren und die Täter sich davor ekelten. Deshalb setzte man weiterhin auf die etablierte Vorgehensweise, das heißt die Hinrichtung an der Grube. Nur im Falle von Massenhinrichtungen sollte der Gaswagen zum Einsatz kommen, um die Schützen zu entlasten. Ende Dezember gerieten die Täter unter Zugzwang. Ihnen wurden immer mehr Nachrichten über eine bald anstehende, gegen Charkow geführte Offensive der Roten Armee zugetragen,¹²⁰ und die Konsequenzen konnte man sich leicht ausrechnen, war doch im Mittelabschnitt das »Unternehmen Taifun« bereits gescheitert und die Heeresgruppe Mitte vor Moskau zurückgeschlagen worden.¹²¹ Eine Interaktion von militärischen Operationen und der Durchführung der Verbrechen, ihr kausales Zusammenwirken, ist dabei offensichtlich. Doch während die Offensive der Heeresgruppe Mitte Oktober 1941 die Liquidierungen in deren Mittelabschnitt beschleunigt hatte, da man glaubte, das Hinterland im Zuge der Vorwärtsbewegungen von Juden sofort »säubern« zu können,¹²² hielt das Armeeoberkommando (AOK) 6 im Südabschnitt der Front Geländeverluste durchaus für möglich. Zumindest taktischen Rückverlegungen konnte man sich nicht mehr prinzipiell verschließen. Für die im Charkower Ghetto Inhaftierten – den überwiegenden Teil jener bis zu 20.000 Juden, die den Truppen des AOK 6 bei der Eroberung der Stadt Mitte Oktober 1941 in die Hände gefallen waren¹²³ – hätte eine Absatzbewegung deutscher Truppen die Chance auf Freiheit bedeutet. Blobels Männer mussten sich also beeilen.¹²⁴ Kurz vor Beginn des neuen Jahres startete deshalb

119 Angrick, »Beispiel Charkow«, S. 117–120.

120 Tatsächlich startete die sowjetische Offensive am 18.1.1942, wobei aber der Schwerpunkt der sowjetischen Vorstöße etwa 100 Kilometer südlich bei Iziun lag. Siehe: Glantz, Kharkov 1942, S. 18–20.

121 Reinhardt, Wende vor Moskau, S. 197–264; Besymenski, Zählung des Taifuns, S. 235–273.

122 Wo dies nicht möglich war, weil man etwa wie in Smolensk jüdische Arbeitskräfte benötigte, wurden keine Anstalten getroffen, den Massenmord mit dem Unternehmen »Taifun« zu koordinieren.

123 Streim, Sonderkommando 4a, Bl. 269–272.

124 Dies wird indirekt von einem ehemaligen Tatbeteiligten eingeräumt, der bei seiner Vernehmung angab, dass es sich im Anschluss an den Massenmord nur noch »um

die sogenannte Großaktion, die mehrere Tage andauerte und immer wieder unterbrochen werden musste, da ein reibungsloser Ablauf der Hinrichtungen in den Augen der Täter nicht gegeben war. Denn die Witterung setzte ihnen unerwartet Grenzen. Es herrschte eisige Kälte, die den Mördern, vor allem jedoch den Opfern zusetzte, für die sich bereits der Weg zur Hinrichtungsstätte – der Drobitzki Jar – als Martyrium gestaltete. An der Schlucht angekommen, wurden die Menschen in die Senke hinabgeführt, mussten sich auf den eisigen Boden legen und wurden dann von Angehörigen des Exekutionskommandos durch Genickschuss hingerichtet. Einige Ghettoinsassen zwangen die Kommandoangehörigen auf dem Gelände des Traktorenwerks in einen Gaswagen und fuhren damit zur Schlucht, wo sie die Leichen herauszerrten und in die Tiefe warfen. Die Täter standen bei all dem so unter Zeitdruck, dass selbst die Attacken von sowjetischen Tieffliegern und die Verwundung eines ihrer Schützen¹²⁵ sie nicht dazu bringen konnten, die Aktion abzubrechen. Im Gegenteil, die Präsenz der Roten Luftwaffe dürfte ihnen die Nähe des Feindes eindringlich ins Bewusstsein gerufen haben, weshalb sie ihren Auftrag unter allen Umständen zu erledigen gedachten. Sie sollten ihr Vorhaben »erfolgreich« beenden – die Opferzahl des Charkower Massakers ist bis heute nicht exakt feststellbar, realistische Schätzungen gehen aber von 15.000 Menschen aus.¹²⁶ Am 7. Januar 1942 dürfte die »Aktion« abgeschlossen worden sein, jedenfalls wurde das Ghettoareal an diesem Tag letztmalig von Kräften des Polizeibataillons 314 bewacht.¹²⁷ Schließlich erwies es sich für das Sk4a noch als unbedingt notwendig, das Tatgelände adäquat zu tarnen, was nochmals einige Zeit in An-

unbedeutende Aktionen« gehandelt habe, da der »Russe« mit seinen »Einheiten nur wenige Kilometer« von Charkow entfernt stand. BAL, 4 AR-Z 269/60, Bd. 4, Aussage Heinrich Huhn vom 13.9.1962, Bl. 734f., Zitat Bl. 735.

125 Es wurden dabei auch sowjetische Kriegsgefangene, welche die Mordstätte präparieren mussten, tödlich getroffen. Ebenda, Bd. 7, Aussage Johannes Fischer vom 30.10.1963, Bl. 1386f.

126 Angrick, »Beispiel Charkow«, S. 121–124; Pohl, »Schauplatz Ukraine«, S. 147f. HHStA, 631a, Bd. 1872, Aussage Viktor Trill vom 8.6.1965, Bl. 3550f.; Bd. 1873, Aussage Victor Woithon vom 8.7.1965, Bl. 3885–3889; Bd. 1875, Aussage Ernst Consée vom 6.9.1965, Bl. 4432f.

127 Im Gegensatz zu den anderen Massenexekutionen in der Ukraine liegen zu den Charkower Verbrechen zwar viele Aussagen vor, die detailliert Auskunft über den Verlauf des Verbrechens geben, einige harte Fakten – neben der exakten Anzahl der Opfer der genaue Beginn und das Ende der Aktion – lassen sich aber nur aus der Kontextualisierung der überlieferten Dokumente erschließen. Nach einer Meldung des Polizeibataillons 314 bewachte dieses das Ghetto, also das Traktorenwerk 10, vom 17.12.1941 bis zum 7.1.1942. Siehe: BAB, R 2104/25, Meldung des Polizei-Bataillons 314 vom 24.1.1942.

spruch nahm, weil das Massengrab so groß war, dass das Sk 4a der Hilfe von Pionieren des Heeres bedurfte. Diese sprengten, dem Muster von Babij Jar folgend, die Seitenwände der Schlucht ab, damit das Leichenfeld unter den Geröllmassen verschwand.¹²⁸ Wie bei den Morden von Kiew und Riga sollte sich der erwünschte Effekt – ein Massaker derartigen Ausmaßes im Geheimen, spurlos und unter Täuschung der Öffentlichkeit durchzuführen – nicht einstellen.¹²⁹

Es ist einer der Zufälle der Geschichte, dass das Ende der Charkower Großaktion mit einer Initiative des sowjetischen Außenministeriums zusammenfiel, öffentlich Anklage gegen die deutschen Besatzer zu erheben. Außenminister Wjatscheslaw Molotow ließ eine auf den 6. Januar 1942 datierte diplomatische Note veröffentlichen, in der detailliert die »abscheulichen Gewalttätigkeiten, Ausschreitungen und Massaker« deutscher Mordverbände aufgelistet wurden und auch der Hinweis nicht fehlte, dass mehrheitlich sowjetische Juden zu den Opfern gehörten. Die Note war nüchtern formuliert, die darin aufgelisteten Opferzahlen lagen um ein Vielfaches niedriger, als dies in Wirklichkeit der Fall gewesen war, womit das Außenministerium – und sei es nur unbewusst – die bisher ausgegebenen Meldungen der eigenen Nachrichtenagenturen und Propagandaabteilungen relativierte. Vorsorglich hieß es jedoch, dass es sich um unvollständige und daher nicht endgültige Zahlen handle. Durch diese Vorgehensweise wurde die Seriosität der eigentlichen Meldung, dass Massenhinrichtungen größten Ausmaßes in Kiew – worauf besonders eingegangen wurde –, in Odessa, Kamenez-Podolsk, Lemberg, Dnjepropetrowsk sowie einer Vielzahl anderer Orte erfolgt seien, nur unterstrichen. Einzig das britische Außenministerium stellte weitergehende Nachforschungen an, ehe der in der Sowjetunion weilende Botschaftsrat und frühere Leiter der Osteuropa-Abteilung

128 Streim, Sonderkommando 4a, Bl. 272. Siehe auch Abhörprotokoll vom 25.4.1945 in Trent Park zu den Ausführungen des in britischer Gefangenschaft befindlichen Generalmajors Walter Bruns, wonach in der Ukraine bei zwei Massensexekutionen – nach Lage der Dinge kann es sich dabei nur um die Exekutionen von Babij Jar und Charkow handeln – Pionierbataillone die Ränder von Erdspalten absprengen mussten, um einer von den im Massengrab befindlichen Leichen ausgehenden möglichen Seuchengefahr vorsorglich entgegenzuwirken. Siehe: Neitzel, Abgehört, S. 306. BAL, 4 AR-Z 269/60, Bd. 1, Aussage Viktor Trill vom 25.6.1960, Bl. 17.

129 BAL, Dokumentation, Bd. UdSSR 422, unpag., Übersetzung des Tagebuchs des Doktors der theoretischen Medizin, hier Einträge vom 12. und 20.1.1942. Unter letzterem Datum ist vermerkt: »Es gibt nicht nur glaubwürdige, sondern ganz sichere Nachrichten darüber, daß die Deutschen alle Juden erschossen haben, die im Ghetto waren. Es waren darunter auch alte Leute, Frauen und Kinder... Einige tausende dieser Menschen wurden getötet.«

im Foreign Office, Herbert Lacy Bagallay, gegenüber dem britischen Außenminister Anthony Eden den prinzipiellen Wahrheitsgehalt der sowjetischen Angaben bestätigte.

Molotow verlieh der Angelegenheit noch mehr Gewicht, indem er die Note am 7. Januar 1942 allen Geschäftsträgern der Staaten, die mit der UdSSR außenpolitische Beziehungen unterhielten, in der Stadt Kuibyschew – wohin die diplomatischen Korps im Zuge des deutschen Vormarsches verlegt worden waren – in einem kollektiven Akt aushändigen ließ.¹³⁰ Im Gegensatz zum sonst üblichen Austausch diplomatischer Noten in Geschäftsgängen mit bi- oder multilateralen Beziehungen dürfte diese Vorgehensweise einen nachhaltigeren Eindruck erweckt haben: Hier ging es darum, die Weltgemeinschaft auf einen Feind einzuschwören, der außerhalb aller moralischen Normen agierte und den es kompromisslos zu bekämpfen galt. Mit diesem Vorpreschen forderte das sowjetische Außenministerium – wenn auch ungeplant und wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt sogar ungewollt – die Verfolgung der Tatverantwortlichen geradezu ein; am Ende sollte diese Initiative auf den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess hinauslaufen.¹³¹

Molotow mochte diesen Weg auch gewählt haben, weil er am 25. November 1941 mit einem ähnlichen, allerdings halbherzig anmutenden Versuch in der Frage der verbrecherischen Behandlung der Kriegsgefangenen¹³² bei den kontaktierten Staaten nur verhaltene Resonanz erzielt hatte. Stalin hatte sich bisher ebenfalls auffällig zurückgehalten. Seiner rücksichtslosen und brutalen Natur entsprechend, war es nie seine Intention gewesen, sich für die Verfolgten – und erst recht nicht für die Juden in der UdSSR –

130 Gilbert, *Auschwitz und die Alliierten*, S. 19f., Zitat ebenda. Zum vollen Wortlaut der Note in englischer Übersetzung: *Soviet Foreign Policy*, Bd. 1, S. 114–126. Die Note ist auszugsweise – allerdings um die hier interessierenden Passagen gekürzt – gedr. in: *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 1, S. 38f. Danach war ein erster Entwurf des Notentextes am 2.12.1941 fertiggestellt worden, der mehrfach umgearbeitet wurde. Die endgültige Fassung lag am 31.12.1941 vor. Siehe: ebenda, S. 588, Fn. 67. Weiterhin: *Nazi Crimes in Ukraine*, S. 30–35; Hirszowicz, »Holocaust«, S. 31. Siehe auch: *Marienburg, Vorbereitung der Kriegsverbrecherprozesse*, S. 169f.

131 Dies betonen: Heydecker/Leeb, *Nürnberger Prozeß*, S. 86.

132 *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 1, S. 588, Fn. 67. Zur Vorgeschichte der Molotow-Initiative, gefangene Rotarmisten gemäß der Genfer Konvention zu behandeln: Streit, *Keine Kameraden*, S. 224–231. Da dies aber gleichsam den anderen Massenmord an den in deutschem Gewahrsam befindlichen Rotarmisten gestoppt und die Verbrechen in den Kriegsgefangenenlagern durch die Kontrolle internationaler Gremien öffentlich gemacht hätte, untersagte Hitler jeden Einigungsversuch – nicht zuletzt, da man im Spätsommer/Herbst 1941 im festen Glauben war, den Gegner bald besiegt zu haben.

einzusetzen. Bekanntlich ist das Gegenteil der Fall. Sie dienten ihm im Moment der Staatskrise, als die Truppen der Heeresgruppe Mitte gegen Moskau vorstießen, nur als Mittel zum Zweck, um das eigene Volk gegen die Okkupanten zu mobilisieren. Öffentlich sollte er sich während des ganzen Krieges nur ein Mal, am 7. November 1941 anlässlich der Militärparade auf dem Roten Platz, äußern, wo er die Pogrome der deutschen Besatzer als Rückfall ins Mittelalter geißelte, während die UdSSR die Heimat und die Zivilisation gegen den Einfall der Barbaren verteidige. Mit der Note vom 6. Januar 1942 war dagegen klar, dass es Molotow zufiel, die Verbrechen der deutschen Mordkommandos bloßzustellen, wobei der eigentliche Zweck der diplomatischen Offensive offensichtlich war. Es galt nicht, die eigene Bevölkerung zu warnen oder gar konkrete Hilfestellungen zumindest in Aussicht zu stellen, sondern die Sympathien von Diplomaten und Entscheidungsträgern der kriegführenden wie der neutralen Staaten zu gewinnen.¹³³

Offensichtlich war im Januar 1942 die Zeit reif dafür: Die Ausweitung des europäischen Krieges zum Weltkrieg hatte zu neuen Allianzen geführt, die militärische Situation im Osten während des Winters 1941/42 deutliche Veränderungen gezeitigt. Da Molotow im Unterschied zur Novembernote 1941 diesmal die Leiden der Zivilbevölkerung und insbesondere den Genozid an den sowjetischen Juden in den Vordergrund rückte sowie einen ungeheuren propagandistischen Aufwand betreiben ließ – nach dem Abdruck in der *Izvestija* vom 7. Januar 1942 wurde die Molotow-Note außerdem als Broschüre mit einer Auflage von 200.000 Exemplaren verbreitet¹³⁴ –, konnte er sicher sein, dass seinen Worten die entsprechende Aufmerksamkeit entgegengebracht werden würde. Das sowjetische Verteidigungsministerium meinte gleichfalls seinen Teil beitragen zu müssen. Mit Beginn des Jahres 1942 ließ es nach ›Bedarf‹ eine Schriftensammlung über die »Greuel-taten der faschistischen Eroberer« erscheinen. Die bis 1945 publizierten ›Themenhefte‹ waren den Massakern von Kursk, Toropetz, Odessa, Smolensk und Minsk gewidmet. Anders als die *Izvestija* fanden sie keine allgemeine Verbreitung, ihr Zweck dürfte aber ohnehin der zielgerichteten Informierung von ausgewählten Multiplikatoren gedient haben.¹³⁵

Mit dem Jahreswechsel war im Winter 1941/42 der Kulminationspunkt der Ära Hitler und des Dritten Reiches überschritten. Dies galt nicht nur in militärischer Hinsicht angesichts des Scheiterns vor Moskau, ja des Russlandfeldzugs überhaupt. Hitler selbst hatte alles auf eine Karte gesetzt und

133 Altmann, »Shoah«, S. 150f.

134 Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. 1, S. 588, Fn. 67.

135 Arad, »Holocaust«, S. 194–196.

nahm keine Rücksichten mehr. Am 11. Dezember 1941 hatte er im Reichstag den USA den Krieg erklärt, wobei die Reaktion seiner Zuhörer angesichts der veränderten Lage deutlich zurückhaltender als gewöhnlich ausgefallen war.¹³⁶ In seiner Rede ging Hitler dabei auch auf den wirklichen Gegner ein:

»Wir wissen, welche Kraft hinter Roosevelt steht. Es ist jener ewige Jude, der seine Zeit als gekommen erachtet, um das auch an uns zu vollstrecken, was wir in Sowjet-Rußland alle schauernd sehen und erleben mußten. Wir haben das jüdische Paradies auf Erden nunmehr kennengelernt. Millionen deutscher Soldaten haben den persönlichen Einblick gewinnen können in einem Land, in dem dieser internationale Jude Mensch und Gut zerstörte und vernichtete.«¹³⁷

Die Charakterisierung des amerikanischen Präsidenten als Werkzeug der Juden und die Gleichsetzung der USA mit der UdSSR ließen die anstehende Auseinandersetzung – Hitlers dualistischem Weltbild folgend¹³⁸ – als Endkampf zwischen den Mächten des Lichts und der Dunkelheit erscheinen, als, zumindest in der öffentlichen Rede, mythisch überhöhte Auseinandersetzung. Hitlers seitdem mehrfach bekräftigte »Prophezeiung« aus der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, wonach ein kommender Weltkrieg nicht die Bolschewisierung der Erde und damit den Sieg des Judentums, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa mit sich bringen werde,¹³⁹ konnte man in diesen Formulierungen unschwer erkennen. Einen Tag später, am 12. Dezember, kündigte er auf der Reichs- und Gauleitertagung der NSDAP an, die Judenfrage sei nun endgültig und radikal anzugehen, um seine Ankündigungen gleichsam in einer letzten Auseinandersetzung Wirklichkeit werden zu lassen. Wenngleich es bei Hitlers Vorstoß nicht um die Bekanntgabe und Darlegung eines ausgeklügelten Ausrottplanes vor seinen besonderen Vertrauten, den eingeschworenen Weggefährten aus der Kampfzeit, gegangen sein mochte, so war doch klar, dass es sich nicht mehr um die gewohnten rhetorischen Phrasen handelte, sondern dass er mit dieser Rede Aktionen einforderte, also motivieren woll-

136 Kommentare zu Hitlers Rede vom 11.12.1941: Domarus (Hg.), Hitler, Bd. 4, S. 1793 und S. 1811.

137 Rede Hitlers vom 11.12.1941, in: ebenda, S. 1793–1811, Zitat S. 1808.

138 Ley, »Zum Schutze des deutschen Blutes...«, S. 136–156.

139 Ders., Genozid und Heilserwartung, S. 235f.; Burrin, Warum die Deutschen?, S. 96–119.

te.¹⁴⁰ Gleichzeitig dürfte das Vertrauen der Bevölkerung in die Befähigung der Staatsspitze, ihre politischen Zielvorgaben zu erreichen, mit der Kriegserklärung an die USA abgenommen haben – auch wenn Hitler selbst noch als sakrosankt gelten mochte. Wie bereits ausgeführt, kam es umgekehrt bei der Führung zu Unsicherheiten über die Verlässlichkeit der Volksgemeinschaft, ja es machte sich bei den Vordenkern der Bewegung – allen voran Goebbels – Skepsis breit, ob die einvernehmliche Symbiose von Führung und Geführten auch im Moment der Krisis Bestand haben würde.

In dieser Zeit muss Himmler sich wohl langsam eingestanden haben, dass die Durchführung der Massenmorde im Osten nicht so verlaufen war, wie es der militärischen Situation im Winter 1941/42 angemessen gewesen wäre. Zwar hatten die mobilen Tötungskommandos »ganze Arbeit« geleistet, was insbesondere hinsichtlich ihrer weltanschaulichen Zuverlässigkeit im Vorfeld des Unternehmens »Barbarossa« keineswegs vorauszusehen gewesen war, und sich weder der Dynamisierung noch der Radikalisierung des Mordprozesses verschlossen. Aber bei allen Anstrengungen, Massenhinrichtungen logistisch zu organisieren sowie eine Infrastruktur des Mordens zu etablieren, hatten die Führung der SS wie die Gestapo der Frage, wie die Spuren der Verbrechen vollständig zu verwischen seien, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In den zeitgenössischen Dokumenten wie auch in späteren Einlassungen von Tatbeteiligten heißt es immer wieder, dass man im Osten einfach Gruben ausgehoben oder gleich natürliche Senken oder Panzergräben genutzt und diese nach der Tat nur mit Erde beziehungsweise etwas Chlorkalk¹⁴¹ abgedeckt habe. Außerdem gab es Anwohner, die Schüsse und Schreie hörten; Gaswagen, welche die Bevölkerung auf den Straßen sah; Opfer, die schwerverletzt zu flüchten vermochten; »Erdbewegungen« durch den Verwesungsprozess; Tiere, die Leichen freilegten, und nicht zuletzt die Schützen selbst, die häufig im Wirtshaus oder bei anderer Gelegenheit mit ihren »Heldentaten« prahlten. Selbst die Sprengungen der Schluchtwände in Dnjepropetrowsk, Babij Jar und Charkow hatten das

140 Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord, S. 123–125; Longerich, Befehl, S. 138–142. Ich neige trotz der bemerkenswerten Analyse von Christian Gerlach in vielen Punkten den Argumenten Peter Longerichs zu, da sich Hitlers Rede im Konkreten zu dieser Zeit wohl kaum auf beispielsweise Kreta oder das unbesetzte Frankreich bezogen haben konnte. Da aber die Totalität des Endlösungsbegriffs keine Ausnahmen zulässt, mussten noch einige Monate verstreichen, bevor wirklich alle Juden – ohne jedwede Möglichkeit zu emigrieren – gemeint waren.

141 Chlorkalk – ursprünglich ein Bleichmittel – wurde zur Grobdesinfektion verseuchter Räume verwendet, wobei man sich auf Erfahrungen des bekannten Frauenarztes Ignaz Semmelweis stützte, auf diese Weise die im Volksmund bezeichneten »Leichengifte« bzw. deren Übertragbarkeit eindämmen zu können.

Problem nicht endgültig gelöst. An eine vollständige Beseitigung der Leichen hatte niemand von den Verantwortlichen gedacht oder aber eine solche Vorgehensweise in der euphorischen Erwartung des baldigen Endesieges offenbar als vollkommen unnötig erachtet. Der Vorstoß Molotows nach dem Massaker von Charkow zeigte nun, dass man sich gründlich getäuscht hatte. Mehr noch: Die Gegenseite war in der Lage, den Massenmord propagandistisch und diplomatisch zu nutzen. Der Genozid, so musste man lernen, erwies sich für die Stawka im Kreml als ideales Werkzeug, den verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Diktatur und ihres Besatzungsregimes zu enthüllen und damit die Solidarität der Weltgemeinschaft für den eigenen Kampf im großen Vaterländischen Krieg einzufordern. Außerdem würde die Anhäufung von Beweisen absehbar dazu führen, dass man die Repräsentanten des Dritten Reiches immer weniger als Politiker, Ideologen oder Funktionäre, sondern zunehmend als Verbrecher wahrnahm. Und die Aufdeckung von Verbrechen verlangt – gerade dann, wenn sie Zigtausende das Leben gekostet hatten – nach der den Dingen innewohnenden Logik die Bestrafung der Verantwortlichen.¹⁴²

Diesen Einsichten Tribut zollend, dürfte Himmler klar gewesen sein, dass Gegenmaßnahmen zu treffen waren. Es galt vor allem, die belastenden Beweise zu beseitigen, um weiteren Propagandaaktionen den Boden zu entziehen. Außerdem mussten die zukünftigen Vernichtungsaktionen nach einer anderen Methode, den Erfordernissen eines länger andauernden Krieges entsprechend, durchgeführt werden. Die Antwort darauf hatte man mit den stationären Vernichtungslagern bereits gefunden.¹⁴³ Sie lagen frontfern und waren so vor gegnerischen Zugriffen geschützt, auch verlief die »Werteerfassung« relativ unproblematisch. Hier galt es nur noch, dieses System durch die Errichtung weiterer Tötungszentren zu erweitern und die bisherige Vorgehensweise zu modifizieren. Dass Himmler diesen Weg verfolgte, belegen vor allem seine Treffen mit SS-Oberführer Viktor Brack, Reichsleiter Philipp Bouhler von der Kanzlei des Führers und nicht zuletzt mit Hitler selbst Mitte Dezember 1941, die darauf hinausliefen, sich für die nunmehr vom Führer beschlossene Ausrottung der Juden Europas in Zu-

142 Am 13. Januar 1942 riefen die Vertreter von neun Exilregierungen im Londoner St. James Palace die sogenannte Inter-Alliierte-Kommission zur Bestrafung von Kriegsverbrechen mit dem Ziel ins Leben, die der Verbrechen beschuldigten Personen – ob sie diese befohlen, allein oder zusammen mit anderen begangen hatten – vor einem ordentlichen Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Ausführlich: Marienburg, Vorbereitung der Kriegsverbrecherprozesse, S. 170–180. Weiterhin: Taylor, Nürnberger Prozesse, S. 41; Heydecker/Lieb, Nürnberger Prozeß, S. 86.

143 Friedlander, »Entwicklung der Mordtechnik«, S. 498–503.

kunft der Mordmethoden der »Euthanasie« zu bedienen.¹⁴⁴ Ganz anders verhielt es sich jedoch mit der Frage der Beweislage zu den bereits begangenen Massenmorden auf dem Territorium der besetzten Sowjetunion. Zum Jahresende 1941 hatte der Reichsführer-SS seine Truppen in der Ukraine besucht und war auch mit dem HSSPF Russland Süd, Hans-Adolf Prützmann, zusammengetroffen.¹⁴⁵ Schon zu diesem Zeitpunkt ließen sich große Teile dieses Gebietes mit Fug und Recht als ein einziges Gräberfeld bezeichnen. Das Versäumnis, hier nicht alle Spuren rechtzeitig beseitigt zu haben, galt es für Himmler – sofern die Kriegslage sich nicht wieder zu Deutschlands Gunsten wendete – unbedingt zu korrigieren. Doch dafür mussten die Täter notgedrungen an die Orte ihrer Verbrechen zurückkehren.

¹⁴⁴ Dienstkalender, S. 289–294.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 297–299.

1. Das Jahr 1942: Von der Verwirklichung der »Endlösung« zum Verwischen der Verbrechensspuren

Obwohl Himmler und die SS-Führung zur Jahreswende 1941/42 erkannt haben dürften, dass die Nicht-Beseitigung der Gräberfelder zu einem ernsthaften Problem geriet, ließen direkte Maßnahmen zunächst auf sich warten. Noch standen die deutschen Truppen vor Leningrad, waren tief im Mittelabschnitt der Ostfront vorgedrungen, hielten den größten Teil der Krim und der Ukraine besetzt und verfügten über die Option, mit den nächsten Offensiven auf Südrussland und den Kaukasus oder nochmals gegen Moskau vorzustoßen. Verglichen mit Charkow, wo die Täter das Heranrücken der Front unterschätzt und – trotz aller Routine – die Rahmenbedingungen falsch eingeschätzt hatten, sollten andere Kommandos und ihre Partner vom Heer in Zukunft sogar noch abgebrühter vorgehen, wie das Verbrechen in der ukrainischen Stadt Artemowsk belegt. Aufgrund der Nähe zur Front stellte das dort seit Dezember 1941 liegende Teilkommando des Sk 4b auf Wunsch des AOK 17 die Vernichtung der jüdischen Gemeinde erst einmal zurück,¹ womit man die Menschen zu einem Gefühl trügerischer Sicherheit verleitete. Als sich die Lage beruhigt hatte und die operative Situation es erlaubte, holte das Sk4b mit logistischer Unterstützung der 9. Infanteriedivision das »Versäumte« jedoch nach und tötete Anfang März 1942 alle jüdischen Einwohner der Stadt in einem unterirdischen Munitionsdepot, welches nach der Tat zugemauert wurde.² Die Kommandos der

- 1 Nürnberger Dokument NOKW 3350, AOK 17, Ic-Tätigkeitsberichte für die Zeit vom 13.12.1941 bis 10.3.1942, Eintrag vom 14.12.1941: »Auf Anordnung des Chefs des Generalstabes werden die Judenaktionen in Artemowsk bis zur Bereinigung der Frontlage aufgeschoben.«
- 2 Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 11 der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD für den März 1942, gedr. in: Einsatzgruppen, S. 309. 45 Js 24/62 der Zentralstelle Dortmund, Anklageschrift gegen Günther Hermann u. a. vom 10.2.1970, Bl. 102–104 und Bl. 124–126; Bd. 24, Aussage Fritz Leich vom 7.7.1964, Bl. 76R–81R; Bd. 27, Aussage Michael Wagner vom 27.7.1965, Bl. 109–115; Bd. 28, Aussage Gerhard Schön vom 10.2.1966, Bl. 61–65, sowie Aussage August Müller vom 8.3.1966, Bl. 143–154; Bd. 29, Aussage Bruno Gottschalk vom 13.4.1966, Bl. 41–44, Aussage Willi Mohr vom 6.5.1966, Bl. 134–139, sowie Aussage Wilhelm Bockstette vom 23.5.1966,

